

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur, Sonntags-Beilage 'Neue Welt' 10 Pf. Postabonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Empfänger in der Post-Beilage: Preisliste für 1893 unter Nr. 6700.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für die erste oder zweite Seite 40 Pf., für die dritte und vierte Seite 30 Pf., für die fünfte Seite 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 8 Uhr Vormittags geöffnet.

Erstausgeber: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 9. August 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ein Vorschlag zur Güte.

Einer der unberechtigten Vorwürfe, die von den beschränkten Offiziösen und ihren Auftraggebern den Oppositionsparteien gemacht werden, ist der, daß die Gegner der Regierung nur zu nörgeln verstehen, alle Pläne derselben mißgünstig kritisieren, sich bemühen, an ihnen kein gutes Haar zu lassen, daß sie aber unterlassen, der Regierung zu zeigen, wie sie im Interesse des Volkes zur Zufriedenheit der Opposition ihr Amt führen soll. Niemals waren diese Vorwürfe haltloser als jetzt, denn zur allerstrengsten Kritik forderte bisher fast alles heraus, was uns an Steuervorlagen in Aussicht gestellt wurde, und dann besteht doch wahrlich die Aufgabe der Opposition nicht darin, daß sie der Regierung die Arbeit abnimmt. Ist eine Regierung auf die Gedankenarbeit der Opposition angewiesen, dann hat sie abzutreten und der Opposition Platz zu machen. In unserem besonderen Falle wäre es sehr naiv von der Opposition zu fordern, sie solle die Wege weisen, wie das Geld für die so scharf bekämpfte Militärvorlage zu beschaffen ist.

Unzählige Pläne beschäftigen die öffentliche Diskussion, die einen wollen, daß der Taback blute, die andern, daß eine Wehrsteuer eingeführt werde, wieder andere begeistern sich für eine Besteuerung des geistigen Verbrauchs, die billigen Postgebühren sollen vertheuert werden, eine Reichs-Gewerbesteuer wird vorgeschlagen, den Wein will man uns durch Steuern weniger schmackhaft machen. Jeder Offiziöser glaubt, wenn er einen dieser Pläne oder noch abenteuerlichere in Vorschlag bringt, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Alle aber geben dem Interesse der bestehenden Klasse, ebenso wie den Wünschen ihres Herrn und Meisters Miquel in gleicher Weise Rechnung tragend, schein dem Nächstliegenden aus dem Wege, nämlich dem Vorschlage, endlich einmal die großen Einkommen zur Deckung des Bedarfs im Reiche heranzuziehen.

Trotz des Luxus, den unsere bestehenden Klassen treiben, trotz des augenfälligen Reichthums derselben wird oft behauptet, daß eine Besteuerung der großen Einkommen keine erheblichen Erträge einbringen könne. Eine eben erschienene Schrift*) giebt uns Gelegenheit, die Ergebnisse der freilich ungenügenden deutschen Einkommenssteuer-Statistiken kurz zusammenzufassen. Bevor wir aber die Angaben den Lesern vorführen, muß bemerkt werden, daß die Einkommensstatistiken der deutschen Bundesstaaten gerade für die großen und größten Einkommen viel zu niedrige Ziffern angeben. Dies ist keineswegs eine böswillige Unterstellung sozialdemokratischer Nörgler, sondern wird auch von dem ehemaligen preussischen Herrenhaus-Mitgliede, dem konservativen Nationalökonomem Rasse bestätigt, der es offen ausspricht, daß die Einschätzungen in der Regel um so mehr unter dem wirklichen

Einkommens-Betrage bleiben, je wohlhabender die einzuschätzende Person ist. Auf den Fall Baare und die merkwürdigen Ergebnisse der letzten preussischen Einkommenseinschätzung sei ausserdem hingewiesen.

Trotz der Mangelhaftigkeit dieser gerade für die großen Einkommen so unzutreffenden Statistik ist ihr Ergebnis doch, daß in allen deutschen Staaten, die eine allgemeine Einkommenssteuer besitzen, die großen Einkommen weit rascher zugenommen haben, als alle übrigen. Einzig Bremen macht für einen Zeitraum von 11 Jahren eine Ausnahme von der Regel. Betrachten wir nun diese auf die Entfaltung des modernen Produktionsprozesses zurückzuführende Erscheinung etwas näher.

In Preußen nahmen in der Zeit von 1853-1863 die Einkommen bis 3000 M. bloß um 14,28 pCt. zu, dagegen betrug die Zunahme der Zahl der Einkommensteuerpflichtigen

von 3000— 7200 M. . . .	45,24 pCt.
" 7200— 12000 " . . .	59,08 "
" 12000— 36000 " . . .	63,96 "
" 36000— 60000 " . . .	78,17 "
" 60000— 120000 " . . .	97,89 "
" über 120000 " . . .	71,11 "

Während die Zahl derer, die ein Einkommen bis 3000 M. besitzen, um bloß 14,28 pCt. zunahm, nahmen die Personen mit einem höheren Einkommen um 48,55 pCt. zu, und innerhalb dieser Schicht nahmen die Personen mit einem Einkommen von über 36000 M. um 82,48 pCt. zu.

In dem Zeitabschnitt 1863-1873 vermehrten sich die Einkommen von mehr als 36000 M. von 810 auf 2049, oder um 152,96 pCt., während die Einkommen von 3000 bis 36000 M. sich bloß um 45,96 pCt. vermehrten, die Zunahme der Einkommen unter 3000 M. betrug dagegen bloß 7 1/2 pCt., bedeutet demnach mit Rücksicht auf die ungleichere Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise eine tatsächliche Abnahme der kleinen Einkommen, das ist der Einkommen der großen Masse des Volkes gegenüber der fabelhaften Zunahme des Besitzes der Reichsten.

In dem zwanzigjährigen Zeitraum 1853-1873 tritt das Bestreben der großen Einkommen, sich viel rascher zu vermehren als die kleineren und mittleren, noch viel deutlicher hervor als in den beiden zehnjährigen Perioden. Denn während die Personen mit Einkommen bis zu 3000 M. sich bloß um 22,58 pCt. und die Zahl der Personen mit größerem Einkommen schon um 118,77 pCt. zunahm, vermehrten sich die Einkommen von mehr als 36000 M. um 361,49 und zwar der Einkommen von 36000-60000 M. um 294,72 pCt., hingegen die von 60000-120000 M. um 466,96 pCt. und die diese Einkommen von mehr als 120000 M. um 513,33 pCt.

Die Einkommen über 3000 M. wuchsen beinahe doppelt so rasch als diejenigen unter 3000 M. Die Einkommen über 3000 M. wuchsen um so rascher, je größer

dieselben waren, während diejenigen unter 3000 M. um so langsamer wuchsen, je kleiner sie waren.

In dem Zeitraum 1875-1890, die infolge der lang dauernden wirtschaftlichen Krise die Vermehrung der großen Einkommen etwas hemmte, vermehrte sich die Zahl der Personen mit einem Einkommen unter 3000 M. um knapp 27 1/2 pCt., die der Einkommen von 3000-36000 M. aber um fast 61 pCt. und die der Einkommen über 36000 M. um über 62 pCt., während die höchsten Einkommen mit mehr als 120000 M. jährlich sich sogar um 76 1/2 pCt. vermehrten. Wir sehen auch hier die gleiche Erscheinung, wenn auch nicht in so schroffer Form, daß je größer das Einkommen, desto stärker die Vermehrung ist; die etwas stärkere Vermehrung der Einkommen unter 3000 M. erklärt sich vor allem aus dem Herabsinken einer großen Anzahl von Personen des Mittelstandes infolge der Krise.

Auch im Königreich Sachsen wuchsen die großen Einkommen weit rascher als die mittleren und kleinen. Denn die Einkommen von mehr als 36000 M. nahmen in der Periode 1878-1888 um 133,49 pCt., diejenigen von 2800-36000 M. nur um 38,81 pCt. und diejenigen von weniger als 2800 M. nur um 30,94 pCt. zu. Demnach haben sich die großen Einkommen in dem kurzen Zeitraum von 10 Jahren viermal so schnell vermehrt, als die mittleren und kleinen und sie verfügten im Jahre 1888 über einen nicht unerheblich größeren Prozentsatz des gesammten Einkommens der Steuerpflichtigen als im Jahre 1878. Es hatten nämlich die Personen mit einem Einkommen von

	1878	1888
7200— 12000 Mark . . .	42 634 522	62 612 848
12000— 36000 " . . .	51 532 340	92 488 235
36000— 60000 " . . .	11 399 414	27 634 298
60000— 120000 " . . .	10 828 557	23 544 820
über 120000 " . . .	10 946 492	24 618 778
" 36000 " . . .	33 174 373	75 792 836
" 2800 " . . .	252 819 245	400 228 235

Es wäre falsch, anzunehmen, daß bloß die Städte an dieser riesigen Zunahme der großen Einkommen theilhaftig sind. Auch auf dem platten Lande zeigten die großen Einkommen die stärkste Zunahme, nämlich um 110 pCt. Innerhalb der großen Einkommen vermehrten sich wiederum die Einkommen um so rascher, je größer sie waren. Während nämlich die Einkommen von 36000 bis 60000 Mark sich um 92,65 und diejenigen von 60000 bis 120000 Mark um 121,62 pCt. vermehrt haben, hat die Zahl der Einkommen der armen Großgrundbesitzer, denen Jahr für Jahr mehr als 120000 Mark zugehen, sich um 446,67 pCt. vermehrt.

Auch in Hamburg haben sich die sehr großen Einkommen ganz enorm vermehrt, so im Zeitraum von 1868-1880 die Einkommen von über 120000 M. um 168,57 pCt., während die mittleren Einkommen hinter der durchschnittlichen Zunahme zurückblieben.

In Bremen haben sich die Personen mit einem Ver-

Feuilleton.

Radrad verboten.)

37

Die Bekehrung André Havenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Guntram machte sich über seine Bescheidenheit lustig. Er versicherte ihm, daß man von ihm nicht verlangte, er solle seine Ueberzeugung opfern. André würde nur während der Wahlkampagne gebraucht, und man zählte nur in so weit auf ihn, als er die Gedanken seines Wirthes formuliren, als er verhindern sollte, daß dieser zu sehr bestohlen würde, kurz, er sollte für drei Monate sein Dolmetscher und Schatzmeister sein. Es blieb André also nichts übrig, als anzunehmen und zu danken, und die beiden Freunde kamen schließlich überein, daß André Ende der Woche nach der Touraine abreisen sollte, wo Herr von Serenwize seine Besitzung hatte.

André verließ Paris nicht ohne Anruhe und Traurigkeit. Wer würde Mutter und Schwester während seiner Abwesenheit beschützen? Wer würde ihren gesunkenen Muth wieder aufrichten? Er empfahl sie seinen Freunden Deschamps. In Johanna's Augen glaubte er etwas wie Betrübniß zu lesen, als er ihr von seiner bevorstehenden Abreise Mittheilung machte; aber er war doch nicht ganz sicher, ob nicht seine eigene Traurigkeit der düstere Schleier war, der ihm alles dunkel erscheinen ließ; für jeden Fall versprach Johanna, Germaine so oft zu be-

suchen, als es ihr möglich sei. Magdalene, die mit schwerem Herzen sagte: — „So gehst Du also für immer fort, Freund André?“ verpflichtete sich feierlich, in ihren Musikstunden musterhaft geduldig und artig zu sein. Vater Deschamps beglückwünschte André zu dieser vortrefflichen Gelegenheit, seine Erfahrungen zu erweitern:

„Sie werden sich jetzt eine Wahl in der Provinz ganz in der Nähe ansehen können,“ rief er. „Wohlan! Achten Sie auf die Rolle, die das Hunderttausendstück (der 5 Frankthaler) dabei spielt! Mehr will ich Ihnen vorläufig darüber nicht sagen.“

Es war längst nicht mehr nötig, André dazu anzuregen, daß er die Welt um sich her beobachtete. Seit einem halben Jahre war er nur zu sehr daran gewöhnt worden, da, wo er es am wenigsten gedacht hatte, mit der unsichtbaren Macht des Geldes in die unangenehmste Berührung zu kommen. Er wagte nicht mehr von Uebertreibung zu sprechen, wenn der greise Sozialist ihm überall diese mächtigste Triebfeder der bürgerlichen Gesellschaft zeigte. Er fühlte, wie sich eine geheimnißvolle Umwandlung in seinem Innern vollzog, und um diese besser verfolgen zu können, beschloß er, fortan alles aufzuschreiben, was ihm an seinem jetzigen Aufenthaltsorte bemerkenswerth schien. Hier sollen einige Auszüge aus den Notizen folgen, die er sich täglich machte:

André's Tagebuch.

Am 25. Juni 1889. Ich bin im Begriff, etwas sehr Lächerliches vorzunehmen, über das ich mich oft genug im Stillen lustig mache. Ich will nämlich ein Tagebuch führen, nicht mehr und nicht weniger, gerade so wie irgend ein schüchternes Gymnasiast oder ein freigegebener Roman-

will. Aber ich muß klar sehen in mir selbst und im Leben und darum schreibe ich dies für mich allein.

Am 28. Juni. Meine Wirths sind die Liebesswürdigkeit selbst gegen mich. Anderer Leute Brot zu essen, ist doch zuweilen weniger bitter, als ich dachte. Sie behandeln mich als einen Gleichgestellten, dessen Familie Unglück gehabt hat. Nichts würde mich hindern, mir einzubilden, ich besände mich hier in der Sommerfrische bei einer bescheidenen Familie, wo ich an einer selten vorkommenden Jagd theilnehme, nämlich der Jagd auf die Wähler.

Am 1. Juli. — Herr von Serenwize wird sich seinen Wählern als konservativer Republikaner vorstellen. Er ist Großgrundbesitzer, Direktor einer Fabrik und Administrator der Gesellschaft von Orleans.

Bisher war er auf die Republik nicht gut zu sprechen, weil er sie für eine Regierungsform hielt, die den Interessen der oberen Klassen wenig förderlich sei. Allein er hat bemerkt, daß die Grundbesitzer, Fabrikanten, die Eisenbahn-Gesellschaften u. s. w. unter der Republik ebenso gute Geschäfte machen wie unter der Monarchie. Er hält es jetzt also mit einem Regime, das dem Kapital eine sichere Grundlage giebt, wie er sagt. Aber er thut dies nur unter der Bedingung, daß an dem gegenwärtigen Steuersystem nichts geändert wird, daß die bestehenden Gesetze über den Grundbesitz, die Fabriken, Aktien-gesellschaften u. s. w. nicht angetastet werden. So müßte sein Wahlspruch eigentlich heißen: Die konservative Republik ist die beste bürgerliche Monarchie. Alles, was er an Forderungen aufstellt, bezieht sich auf einige kleine Reformen. So meint er, könnte man Ersparnisse erzielen, wenn weniger Schulen gebaut und die Gehälter der Lehrer beschritten würden. Braucht das Volk denn wirklich so viel Bildung? Auch bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten

mögen von weniger als 9964 M. im Zeitraum 1789 bis 1869 nur um knapp ein Drittel vermehrt, während die Zahl der Personen mit einem höheren Einkommen sich vervielfacht hat.

Auch im Großherzogthum Hessen haben sich von allen Einkommensgruppen die größten am weitesten vermehrt.

Das gleiche sehen wir in Oldenburg. Dort hat sich die Zahl der Personen mit mehr als 36 000 M. Einkommen um 275 pCt., die der Personen mit 3000—3600 M. Einkommen um knapp 72 pCt., die der Personen mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. um 9 1/2 pCt. vermehrt.

In Altkenburg versechsfachte sich die Zahl der Einkommen über 28 800 M., während die Einkommen von 3000—28 800 M. bloß um nicht ganz 1/10 und die unter 3000 M. um ca. 1/3 zunahm. Auch hier haben sämtliche Einkommensgruppen sich um so schneller vermehrt, je größer sie waren.

Überall sehen wir die gleiche Erscheinung, daß der Reichtum der Reichsten in schwindelerregender Weise zunimmt, während nach den auch vom neuen Kurse übernommenen Steuergrundsätzen der Bismarck'schen Politik die Steuerlasten auf die Schultern der Ärmsten gewälzt werden.

Herrn Miquel und seinen zwei Duzend Kollegen sind die hier angeführten Zahlen nicht unbekannt, keinem von ihnen fällt es aber ein, das Naheliegendste, nämlich die Zunahme des Reichtums zu besteuern. Sie wissen alle, daß dies der einzig vernünftige und gerechte Weg der Steuerpolitik wäre, aber die Klasseninteressen der Bourgeoisie, der sie dienen, hindern sie daran, diesen Weg einzuschlagen.

Druckfehlerberichtigung: Zwei bössartige Druckfehler hat der Drucksetzer in unsere gestrige Nummer eingeschmuggelt. Im Leitartikel, Seite 1, Spalte 3, Absatz 1, Zeile 3 von unten lies: Reaktion, nicht: Redaktion. In der ersten Notiz der politischen Uebersicht, Zeile 5 von oben lies: Da der, nicht: daß der.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. August.

Der Zollkrieg mit Rußland. Aus Petersburg wird gemeldet:

Amlich wird den russischen Zollämtern bekannt gegeben, daß die Menge zollpflichtiger Gegenstände, die von Reisenden laut Artikel 904 der Zollordnung ohne schriftliche Angabe mitgeführt werden darf, nach dem allgemeinen Tarif vom 11. Juni 1891 ohne den im Gesetz vom 16. Juli 1893 vorgesehene Zuschlag und ohne die in der russisch-französischen Konvention vom 17. Juni 1893 festgesetzte Ermäßigung zu verpöhlen ist. Die Gegenstände über diese Menge hinaus sind als Waaren zu behandeln, d. h. sie müssen, unter Vorweisung von Zeugnisse über die nichtdeutsche Herkunft, nach dem allgemeinen resp. nach dem Konventionaltarif verzollt werden. Fehlen jene Zeugnisse, so findet die Verzollung nach dem besonders erhöhten Tarif vom 16. Juli 1893 statt. Die Strafen für das heimliche Einführen von Waaren, deren Beschlagnahme an der preussischen oder baltischen Grenze erfolgt, sind nach besonders erhöhten Sätzen zu berechnen. In allen anderen Grenzgebieten wird die Strafe für beschlagnahmte Schmutzwaaren nach dem allgemeinen Tarif vom 11. Juni 1891 berechnet.

Freue dich, Michel! Der Reichs-Anzeiger vom 8. August veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, datirt vom 8. August 1893. Nach diesem Gesetz, das der Hundstags-Reichstag mit der Zustimmung von sechzehn Stimmen dem deutschen Volke ausgehändigt hat, dessen Wahrheit bei den Wahlen gegen die Vorlage sich ausgesprochen hat, wird die Friedensstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Ober-Gefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479 229 Mann als Jahresdurchschnittstärke festgestellt. Sechzig Millionen jährlicher Mehr-Ausgaben, sechzig Millionen außerordentliche Ausgaben, das ist eine herrliche Aussicht für die Steuerzahler. Und ist es nicht höhere Absicht, daß das Gesetz an dem Tage veröffentlicht wird, da in der Eisenheimer Gasse zu Frankfurt a. M. im Palais des seligen Bundesstages die deutschen Finanzminister ihre Tagung beginnen, auf der dem lammsgeduldigen deutschen Volke die neuen Steuern für das neue Militärgesetz und noch etwas darüber bescheert werden sollen. Blutsteuer und Gutsteuer, freue dich, Michel! —

ließe sich noch sparen. Glücklichweise habe ich die Ideen des Herrn von Serenoize nicht zu diskutieren, aber ich bin doch neugierig, wie er sie seinen Wählern mündgerecht machen wird. Bei den Großen wird es sich ja von selbst machen, aber wie bei den Kleinen, deren Interessen den seinigen diametral entgegengesetzt sind? Der Punkt interessiert mich. Ich habe noch niemanden gesehen, der sich aus Uebersetzung quillotiniert lieh.

Am 5. Juli. Ein Fischer, der gern recht viele Fische fangen möchte, sorgt, bevor er zu angeln beginnt, dafür, daß er Getreidekörner, Brotsamen, Regenwürmer dort ins Wasser streut, wo er seine Angel oder sein Netz auswerfen will. Das nennt man „ködern“. Gegenwärtig streue ich mit Frau von Serenoize Köder aus. Mein Amt besteht darin, sie in ihrem Wagen auf der Fahrt durch die Dörfer ihres Kreises zu begleiten.

Viele Bauern haben hier ihre Wohnungen in die Luffsteinfelsen gehauen. Große, viereckige Löcher öffnen sich hier und da in halber Höhe der Fels. Das sind die Thüren und Fenster. Die Räume erstrecken sich tief in das weiche Gestein, das sich wie Butter aushöhlen läßt. Der Schornstein führt mitten auf der Wiese oder dem Weinberg, der das Dach des Hauses bildet, ins Freie. Wir betreten die Wohnungen dieser Höhlenbewohner, und geben ihnen gute Worte, guten Wein, Fianell, Salben und Arzeneien aller Art, denn die Wände der Höhlen, in denen sie hausen, sind feucht und erzeugen Rheumatismus. Frau von Serenoize umarmt und küßt ganze Scharen von ungekammten, schmutzigen Kindern, und mit Segenswünschen beladen ziehen wir wieder ab. Gegenwärtig ist Frau von Serenoize gar nicht stolz, gar kein bißchen mehr, und so wohlthätig! Und so ergeht sich denn auch ein wahrer Regen von Bittgesuchen über sie. Eines davon, das wohl werth wäre, der Nachwelt erhalten zu werden, will ich hier abschreiben:

Gute Madame!

Mit Gegenwärtigem will ich Ihnen nur sagen, daß

Eine Zündholzsteuer soll auch eingeführt werden. Wenn der Tabak besteuert wird, warum soll nicht auch das Feuerzeug den Steuerkünstlern verfallen? Vielleicht geht dann endlich den deutschen Wählern ein Licht über die Bedeutung der Reichstags-Wahlen auf. —

Die Kohlen- und Eisenbarone treten, wie wir schon meldeien, als „Gutachter“ über die gewerbliche Sonntagsruhe am 20. September in Berlin zusammen. Die Arbeiter aber aus den Erzgruben, Kohlengruben und Hüttenwerken sollen — durch die Gewerberathe, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, vernommen werden. Hier beliebt die Reichsregierung das mittelbare Verfahren, mit den Unternehmern verkehrt sie dagegen direkt. Warum werden nicht freigeählte Vertrauensleute der Arbeiterschaft dieser Erwerbszweige gleichfalls zur Begutachtung nach Berlin berufen, um Aug' in Auge den Großindustriellen und Geheimräthen die Wahrheit über diese wichtige Frage zu sagen? Zweierlei Maß wird also wieder einmal angewendet. Wie wollen die Gewerberathe eine sachliche Erhebung veranstalten? Wer bezieht ihnen die zu vernehmenden Arbeiter? Werden alle Betriebe berücksichtigt? Will unsere Bureaucratie, stets gefällig dem Großkapital, die auf die lange Bank geschobene Frage der gewerblichen Sonntagsruhe denn völlig verhinzen? Wenn nun einmal eine gute Erhebung von Reichswegen nicht durchgeführt wird, so wie sie England und Nordamerika haben, weshalb wird dann nicht den Arbeitern dasselbe zugestanden, wie den Unternehmern? Warum hier eine Vorurtheilhaftigkeit für nötig halten? Man überlasse nur der Arbeiterschaft die Auslese ihrer Vertrauensleute! Die Erwählten, fern von der Aufsicht der Hütten- und Grubenherren, werden unabhängig freich von der Leber sagen, was sie drückt. Die künstliche Auslese, die von den Industriellen und den durch sie beratenden Bureaucraten geübt wird, schadet nur. —

Futternoth und Schnapsbrenner. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 20. v. M. beschlossen, den Besitzern von landwirthschaftlichen Brennereien bis zum 15. Juni 1894 zu gestatten, von der in ihren Brennereien gewonnenen Schlempe an andere Landwirthe abzugeben, ohne daß den Brennereien dadurch der landwirthschaftliche Charakter verloren geht. So können die Schnapsbrenner ihre Schlempe zu hohen Preisen absetzen, ohne des Unrechts auf die Liebesgabe vorlustig zu gehen. —

Die „Reform“ des preussischen Fabrikinspektorats, die längst Nothwendiges länglich und arg beschnitten einführte, krank an einem schweren Schaden, der die „Reform“ zum großen Theile wieder aufhebt, sie belastet die Aufsichtsbearbeiter mit der Dampfessel-Revision. Wir haben eben nur für Militärzwecke heidenumäßig viel Geld, bei Kulturaufgaben muß deshalb gekümpft und geknausert werden. Die Verkoppelung von Dampfessel-Revision und Fabrikinspektion erschwert und macht zum Theil zu nichte die sozialpolitische Thätigkeit der Gewerbe-Aufsicht, den Arbeiterschutz. Thut nichts, es wird fortgeroutet. Offiziell wird gemeldet:

In dem nächstjährigen preussischen Etat wird sich auch der Abschluß der Reorganisation des Fabrikinspektoratswesens vorfinden. Der Organisationsplan wurde im Etat für 1891/92 aufgestellt und seine Durchführung in den dazwischen liegenden Jahren genau in der Weise gefördert, wie sie ursprünglich beabsichtigt war. Es handelt sich jetzt nur noch darum, drei solcher Stellen zu schaffen, und zwar für Danzig, Erfurt und Hildesheim. Dagegen soll im letzten Jahre der Durchführung der Reorganisation die größte Zahl von Gewerbe-Inspektoren neuangestellt werden. Während im ersten Jahre 24, im zweiten 21 und im dritten 26 zur Anstellung gelangen, beläuft sich deren Zahl diesmal auf 27. Wenn die Reorganisation zum Abschluß gebracht sein wird, werden in der Fabrikinspektion Preussens nicht weniger als 26 Regierungs-Gewerberathe, 97 Gewerbe-Inspektoren und 40 Gewerbe-Inspektoralisten thätig sein. Mit der Reorganisation des Fabrikinspektorats wird auch die Neugehaltung der Dampfessel-Uebersuchung beendigt werden. Im Jahre 1894/95 hat die Uebersuchung der Dampfesselrevision an die Gewerbe-Inspektion in den Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, Danzig, Marienwerder, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Aurich, also in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Hannover zu erfolgen.

Wer Dampfessel revidirt, muß sich vorher anmelden. Wer Fabriken inspizirt, soll unverhofft kommen. Bei der Größe der Aufsichtsbezirke kann aber nur ein kleiner

ich sehr unglücklich bin, daß ich nicht einmal mehr etwas anzugehen habe, und daß ich es sehr recht von Ihnen finden würde, wenn Sie mir eine alte Hofe Ihres Gemahls geben würden. Der liebe Gott wird es Ihnen lohnen. Ich empfehle mich Ihrer großen Güte.

Coquillard (Marzif)

Drehler und Wähler.

Befagter Coquillard, ein Erztrunkenbold, wenn er auch Wähler ist, erhebt nicht nur eine Hofe, sondern einen ganzen Anzug. Das wird Frau von Serenoize . . . oder auch ihrem Gatten nicht vergessen werden, denn eine Wohlthat ist ja niemals verloren.

Am 7. Juli. — Auch Herr von Serenoize beginnt zu übdern. Er bietet Spritzen an für die Feuerwehrr, Fahnen für die Musikvereine, Brunnen für die Städte ohne Wasser, Kronleuchter und Altarbilder für die Kirchen. Ich habe schon etwa zwanzig fast gleichlautende Briefe nach folgendem Muster an die verschiedenen Zeitungen des Kreises geschrieben:

Geehrter Herr Redakteur!

Sie werden wohl die Freundlichkeit haben, Ihre Leser in wenigen Zeilen davon zu unterrichten, daß ich soeben 500 Fr. für die Volksbibliothek von Blärs und 200 Fr. für den Verein ehemaliger Schüler des Gymnasiums von Amboise geschenkt habe . . . Genehmigen Sie etc. etc.

Die konservativen Zeitungen veröffentlichen dies, die andern sagen garnichts und so geht auch hier mit einer kleinen Variante das Wort in Erfüllung, daß die Linke nicht weiß, was die Rechte giebt!

Am 10. Juli. — Wir haben einen Konkurrenten, einen gefährlichen Konkurrenten. Das ist Philippeaug, der Besitzer des großen Pariser Bazars am Bastilleplatz. Er ist vielfacher Millionär und ebenfalls im Stande, die ganze Gegend mit Wohlthaten zu überschwemmen. Dazu ist er Kaufmann und als solcher mit allen Bugmitteln der

Bruchheil der Betriebe mehrmals besucht werden. Die Unternehmern können mit dem Doppelpamt der Gewerbe-Jurys zufrieden sein. —

Preussische Sozialpolitik im Kleinen. Der Ausschuß des Kreises Marienburg in Hannover hat beschlossen, jedem Gemeinbediener, der einen Bettler in das Polizeigefängniß einliefert, ein Geschenk von drei Mark, anßer der aus Staatsmitteln zu entrichtenden Begevergütung, zu verabreichen. Kann die Fürsorge für die Armen und Enterbten sich schöner betheätigen, als im Kreise Marienburg, aber dem als Oberster der Oberpräsident von Hannover, Benthigen, schwebt, der glattgeschämte Parlaments-Dauerredner, der jede Ansicht der Regierung vertheidigt? Jedenfalls sieht man aber, wie nuhringend die dank der lex Quene den Kreisen überwiesenen Reichsgelder in Preußen angelegt werden. —

Krieg im Frieden. In einem Kieker Berichte der „Altnischen Zeitung“ über das Unglück auf dem Panzerschiffe „Baden“ liest man:

„Uebrigens sei hier erwähnt, daß ein ähnlicher Zwischenfall sich einige Tage vor dem Vorfall auf der „Baden“ auch auf der „Carola“ ereignet hat. Dort wurde gleichfalls der Keil vor Schluß zurückgeschleudert, doch müssen dort die Verhältnisse anders gelegen haben, denn es wurden nur 11 vier Mann leicht verwundet. Der Vorfall ist authentisch, wenn er auch nicht an die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, eine amtliche Klarstellung beider Ereignisse zu veranlassen.“

Die Geheimniskrämeri hat ihre guten Gründe. Der Militarismus ist so wenig beliebt, daß jedes Wehr an Thatfachen ihn in immer überlen Ruf beim Volke bringt. —

Das Schießen von Militärposten scheint bei dem Vorsteh der kaiserlichen Postämter in Kolmar i. S. einen angenehmen Nebenbei-erwerb zu haben. Denn, wie wir aus einer Bekanntmachung desselben im „Eisässer Tagblatt“ erfahren, will er dasselbe für seine Postbeamten zur Nachahmung einführen. Unter dem 20. Juni wird in dem genannten Blatte eine Verordnung des kaiserlichen Postamtes zu Kolmar ge. Wehr veröffentlicht, welche sich gegen das Mitbringen von Hunden an die Posthalter wendet und mit Rücksicht auf die daraus für den Verkehr und das Postgebäude entstehenden Anzuträglichkeiten folgende verfügt: „Für jede durch einen Hund verursachte Verunreinigung ist dem mit der Reinigung beauftragten Unterbeamten vom Eigenthümer eine Entschädigung von 50 Pfg. zu zahlen. Wird die Zahlung verweigert oder wird der Hund von seinem Besitzer verleugnet, so soll das Thier eingekannt und, falls dies nicht gelingt, auf andere Art unschädlich gemacht werden. In letzterem Zwecke ist den diesseitigen Unterbeamten eine scharfgeladene Schusswaffe eingehändig worden, von welcher innerhalb des Gebäudes Gebrauch gemacht werden darf.“ Die Besucher des Kolmarer Postgebäudes können es also danach täglich erleben, daß während der Schalterstunden dort scharf geschossen wird. Da Hunde aber noch weniger leicht zu treffen sind als Menschen, und Postbeamte auch weniger im Schießen geübt sind als Soldaten, so wird die Stadt Kolmar wohl demnächst unter der Rubrik „Unglücksfälle“ mehr Schießunfälle im Postgebäude zu verzeichnen haben, als Verwundungen durch Militärposten im ganzen Reiche überhaupt vorkommen.

Wer begnadigt wird. Aus Eisenach wird berichtet: Voriges Jahr im September wurde der Bildhauer H. Bauer, Sohn des Professors Bauer von hier, wegen Nothzucht und Sittlichkeitsvergehens in mindestens 6 Fällen, begangen an Mädchen unter 14 Jahren, in nichtöffentlicher Sitzung der Strafkammer des Landgerichts zu 8 Jahren Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurtheilt. Derselbe ist jetzt vom Großherzog begnadigt worden unter der Vorbedingung, daß er nach Rußland auswandere. Die Strafe war die geringste, die auf das begangene Verbrechen steht. —

Die Landräthe und die Wahlen. Was in Preußen möglich ist, darüber unterrichtet folgendes Geschichtchen. Der Landrath des Kreises Ramenslau hat vor einiger Zeit eine Verfügung an die Lehrer bezüglich der Wahl erlassen. Die Verfügung ist nicht geheim geblieben. Nun hat der Landrath ein amtliches Rundschreiben an die Lehrer verfaßt, worin er die Abgabe einer amtlichen Erklärung nach Pflicht und Gewissen innerhalb 24 Stunden verlangt, ob ihnen bekannt geworden sei, wie seine erste Verfügung zur Kenntniß der Zeitungen gekommen ist. Hierzu ist eine besondere Kreislehrer-Konferenz anberaumt worden. Der Landrath hat nicht das Recht, den Lehrern Wahlvorschriften zu ertheilen, er hat noch weniger das Recht, eine Gewissensfrage an sie zu richten, die nichts ist als die

Kellame vertraut. Allerdings stammt er nicht aus dem Kreise, aber vor zwei Jahren hat er hier ein altes, historisches Schloß gekauft, in dem er als Nachfolger der Könige von Frankreich haust. Seine Bildung weist einige Lücken auf. Er bellagt sich z. B. darüber, daß sein Schloß durch die Reparaturen, die es erfordert, ein wahres Grab der Danaiden sei. Aber was thut das! Die mächtige Unterfützung der Verwaltung ist ihm sicher. Er nennt sich gemäßigter Radikaler. Wenn ich die Sache recht verstehe, heißt das, daß er eine Menge ausgezeichneter Reformen für nötig hält, aber daß er sie vorläufig auf bessere Zeiten, z. B. auf die Mitte des nächsten Jahrhunderts verschiebt. Bis dahin läßt er die Dinge gehen, wie sie eben gehen, weil er persönlich keine Ursache hat, darüber unzufrieden zu sein. Die armen Wähler! Ich spreche natürlich immer von den Kleinen! Wie sollen sie unter zwei Kandidaten wählen, von denen der eine noch ein paar Millionen mehr in der Tasche hat, als der andere? Ich vermöchte nicht zu sagen, welcher von ihnen das wenigste Interesse daran hat, ihre Rechte, ihre Wünsche, ihre Beschwerden zur Geltung zu bringen. Denkt man da nicht unwillkürlich an den Kongreß der Thiere, auf dem sich die Ratten durch eine Rabe vertreten ließen?

Am 12. Juli. — Die armen Wähler! habe ich gesagt. — Glücklich Wähler sollte ich sie nennen. Eine Wahl ist für sie eine zweite Crute.

Ein wahrer Rannaregen ergießt sich über den Kreis. Zuerst regnet es Zeitungen. Unser Konkurrent hat davon eine, zwei, drei gekauft, die er gratis vertheilt läßt und die er großmüthig auch uns zuschickt. Ein viertes Blatt, ein illustriertes, hat er eigens für seine Zwecke gegründet. Die erste Nummer bringt auf der ersten Seite das Porträt und die Biographie des Präsidenten der Republik, und auf der zweiten Seite die Biographie und das Porträt des berühmten Philippeaug. (Fortsetzung folgt.)

Aufforderung zur Angeberei. — So schließt man das freie Wahlrecht. —

Herr Lieber und seine Leute können gar nicht lebhaft genug den fürchterlichen Vorwurf des Reichskanzlers zurückweisen, daß das Zentrum sich in eine „demokratische“ Partei umwandle. Die munter ins Kraut schießende zünftlerisch-fendale Reaktion der Ultramontanen sollte allerdings der beste Schutz gegen eine Anschuldigung sein, die unsren Merkmalen den Anglistisch anstreift. Sie sind mit Ach und Krach aus Angst vor den demokratischen Elementen ihrer Wählerchaft nicht umgefallen, als die Militärvorlage zur Entscheidung stand, aber mehr zu thun hieß sie umständlich von ihnen fordern. Wögen die Dr. Lieber und Graf Compegh von ihr fortzuziehen, sich vor der Demokratie zu bekümmern; je eifriger sie dieser ihr: Welche von uns, Catanas! zuzurufen, desto rascher wird der „feste Thurm“ zerbröckeln, dessen Grundlage die ultramontane Dusek besaßene Kleinbauern, Kleinbürger und Arbeiter bilden. Der „Ruch nach links“ wird die „Volkstreue“ eines Tages in ihrer rückwärtsgerichteten Herrlichkeit überfallen. Dann ist es zu spät für neue Fächlinge nach der Volksgunst. Es ist aber den Zentrumshelden gar bänglich ums Herz ob der Fehde, in der sie mit den Putzern, den Ballestreim, Matuschka, Schorlemmer, den auserlesenen Junkern, liegen. Und in die Platte fällt ihnen das Fährlein der „edlen“ Polen, deren Organ dem Zentrum einen Brandbrief geschrieben hat, der sehr deutlich ist. Der „Kurjer Poinzanski“ (Poinzer Kurier), ein Blatt, das die Verhältnisse der Zentrumsparthei gut kennt, schreibt:

„Die „Germania“ zeigt große Lust, die polnischen Wähler mit ihren Abgeordneten zu entwenden; wir wollen der „Germania“ ins Ohr sagen, daß das Zentrum in seiner Mitte Abgeordnete hat, die sich nicht ärgern würden, wenn das Zentrum in alle vier Winde zerbläue. Die „Germania“ möge daher nicht auf den Verfall der polnischen Reaktion spekulieren, wenn sie selbst nicht weiß, was dem Zentrum in Zukunft begegnen kann. Es ist zu betonen: „wer anderen eine Grube gräbt, fällt oft selbst hinein!“

Und die „Germania“ schweigt. . . Und doch sucht das Zentrum mit den täppischen Mitteln einer durchsichtigen Demagogie die Arbeiter zu gewinnen. Der samose Entwurf zu einem katholisch-sozialen Programm, den wir kürzlich besprochen haben, ist eben ein Zeichen der Verlegenheit unserer Merkmalen gegenüber der katholischen Arbeiterchaft, die sich mehr und mehr von der Leitung der Merkmalen Duxen befreit. So verdrängt die „Kölnische Volks-Zeitung“ eine Zuschrift, worin es heißt:

„So müssen vor allem auch die Arbeiter selbst für die Arbeiterfrage interessiert werden. Es mag vielleicht sonderbar klingen, daß wir die Arbeiter erst für ihre eigenen Interessen interessieren sollen. Und doch ist diese Forderung nur zu berechtigt. Die Sozialdemokratie mag hierin zu viel leisten, wir haben darin jedenfalls bisher zu wenig getan. Und es dürfte daher nach dieser Seite der Programmentwurf noch einer Erweiterung fähig sein. Jedenfalls hoffen wir, daß nach Annahme des Entwurfs auf der bevorstehenden Generalversammlung zu Würzburg das katholisch-soziale Programm nicht bloß ein Programm für die Leiter der katholischen Arbeitervereinigungen, sondern ein Programm für diese selbst werde. Sonst könnten wir leicht Führer ohne Soldaten werden. Erst wenn die christlichen Arbeiter vereint ebenso energisch für die berechtigten Forderungen ihres Staates eintreten, wie die Sozialdemokraten in unberechtigter Weise es thun, dann wird, dann muß es besser werden.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ fordert denn auch, daß die Würzburger Katholikerversammlung sich mit dem Entwurf beschäftigen solle, und daß die „Männer der wirtschaftlichen Praxis“ darüber gebört werden sollten. Oder die soziale Politik muß demokratisch sein oder sie wird nicht sein. Die Hünstler, die Väter der Gewerbenovelle, tungen so wenig für den Arbeiterschutz wie der Bock zum Gärtner. Das sehen die katholischen Arbeiter immer deutlicher ein. Und dann . . . ! —

Aus Mainz wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß die auch von uns gebrachte Nachricht, Kapellmeister Kern sei wegen Majestätsbeleidigung zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt worden, unrichtig sei. Die Sache schwebt noch. —

Die heute Abend erschienene „Post“ meldet in einem Wiesbadener Privattelegramm: „Das militärgerichtliche Urtheil gegen den wegen Majestätsbeleidigung angeklagten Militärkapellmeister Kern, das auf 8 Jahre Zuchthaus lauten soll, bedarf noch der Bestätigung des Kaisers. Frau Kern ist gestern Abend nach Berlin gereist, um Gnade bei dem Kaiser zu erbitten.“ Das Urtheil wäre demnach gesprochen, und wenn man nach den bisherigen Erfahrungen urtheilen darf, wird es auch vollstreckt werden. So lange wir ein mit Blut geschriebenes Militärstrafgesetz und einen kulturwidrigen Militärstrafprozeß haben, wird an dem Wesen dieser Dinge nichts geändert. —

Die Dummheit. Vor wenigen Jahren hat der jetzige Unterrichtsminister Boffe die Verlotterung der studierenden Jugend und ihre Unfähigkeit für den Verwaltungsdienst nachdrücklich geurtheilt. Er schilderte das lorpstudenitische Strebertum, das auf dem Fährboden und in der Kneipe seine Zeit vergebte, zur Staatsprüfung bei den Prager und Quarntsch oberflächlich sich einpauken lasse und dann durch schamloses Weihen nach oben, durch Schneidigkeit nach unten den Mangel an gründlichem Wissen zu ersehen suche. Aber der Köhner Seniorenkönig, dessen alte Herren in allen Regierungen sitzen und sogar Kronen tragen, weiß, was er bedeutet. Puttkamer, damals noch Minister, hat schon, als Boffe sich gegen die Strebelinge wandte, in Königsberg abgewiegelt, noch „höherer“ Zuspruch kam den Bedrängten, und es ging dann weiter. Wozu sollten die Sproßlinge des Großbürgertums umlernen?

So mußte denn dieser Tage ein monarchisch gesinnter und konservativ gesinnter Mann wie Prof. Schmoller, der Berliner Nationalökonom, das Mitglied des preussischen Staatsrats, seine Vorlesungen über allgemeine Nationalökonomie an der Berliner Universität schließen mit einer eindringlichen Mahnung zu ernster Arbeit an die kollektivschwänzende akademische Jugend.

Herr Schmoller führte etwa Folgendes aus: „Zwei bis drei Jahre in continuo (beständig) nichts thun, das wird sonst in der ganzen Welt keinem Erwachsenen gestattet, das kommt in keiner anderen Karriere vor; das hat in keinem Erziehungssystem der Welt sonst einen Platz. Wer zwei bis drei Jahre nur faulenzt, Frischoppen trinkt, Komment lernt, sich einem trägen Gesellen ergibt, der muß körperlich und geistig zu Grunde gehen. Aus dem kann nur ausnahmsweise später noch etwas werden.“

Man kann man sagen, es sind ja nur einige! Und gottlob giebt es viele bessere Elemente. Ich klage auch keineswegs, ich habe nie zu klagen gehabt über leere Auditorien; von 2-300 sind fast stets über die Hälfte, oft aber zwei Drittel vorhanden, und das ist lange genügend, um mit Freude und Genuß zu hören. Aber der Prozentsatz der Faulenzer ist doch zu groß. . . Es macht mirummer, nicht wegen meiner, sondern weil ich an die Zukunft denke, weil ich mich frage, ob unser Beamtenstand der großen schweren Aufgaben gewachsen sein wird, denen wir entgegen gehen, ob er überhaupt in Charakter, Bildung und Wissen nicht zurückgeht. Und für diese Fragen ist das Entscheidende, was der Student auf der Universität getrieben und gelernt hat. Wir dürfen nicht so viele Referendare, Assessoren, Richter, Landräthe und Geheimräthe haben, die nichts auf der Universität gelernt haben, als die Neugierlichkeiten und Genüsse des Studentenlebens. Diese sind nicht im Stande, mit den Waffen des Geistes, der Wissenschaft, dem Ansturm sozialdemokratischer Ideen entgegenzutreten. Unsere bestehenden und gebildeten Klassen sagen den An ab, auf dem sie sitzen, wenn sie einem Drittel ihrer Söhne derartiges gestatten. Ich vermiße diese Art ferner nicht in meinem Kolleg, ich fühle mich in viel besserer Gesellschaft, wenn sie nicht da sind. Aber die Zukunft des Vaterlandes macht mir Sorge. Unter den Fehlern aristokratischer Gesellschaftsklassen stehen stets die frivolsten Ausschreitungen der heranwachsenden Generation, die vollends in materialistischer Zeit nur genießen, patent und schneidig auftreten und nichts arbeiten will, in erster Linie. Nichts erbittert mehr, als ein solches Treiben. Oft hat es in der Geschichte den Anlaß zu Umwälzungen gegeben.“

Herr Schmoller erfährt, wie man sieht, seine Behauptung zu Haartrockenheit wie nur möglich, er will die Studenten erziehen zu Vorkämpfern gegen die Sozialdemokratie. Aber was soll er beginnen, da das Menschenmaterial, aus dem er Helden kneten will, sich nur formen läßt zu gewöhnlichen Pfaffenknechten, die sich als Gigerin und Menfurhümmler vorbereiten auf die öffentliche Thätigkeit als Richter und Verwaltungsbeamte? Wir fühlen den Schmerz nach, der die kühnste Seele des Herrn Schmoller durchdringt, wenn er, der die zukünftigen Richter, die doch Recht zu sprechen und nicht Parteipolitik zu treiben haben, als Soldaten gegen unsere Bewegung ins Feld schicken möchte, die Zukunft des Vaterlandes, die kommenden Ritter des „Staats“, das Kolleg schwänzen sieht. Aber wozu bedarf der schneidige Patenfuchs oder Korpsbursch die sozialisten-tödtliche Unterweisung Schmollers, da er auch im Bräu oder auf dem Rennplatz den Haß gegen das „vaterlandslose Gesindel“ einathmet, das da meint, wir brauchen keine Nichtstauer, die aus der Tasche des arbeitenden Volkes leben? —

O welche Lust Soldat zu sein! Am 14. Juli dieses Jahres lag der zum Schwimmlehrer bestellte Unteroffizier Dem bae in Rostock seiner Beschäftigung ob und hatte u. A. auch den Füsillier Horn von der 4. Kompagnie an der sog. Angel, der die ihm zugewiesenen Tempos ein Viertelstunde lang ausführen mußte; für einen des Schwimmens Unkundigen, dem die vorschrittmäßigen Bewegungen im Wasser ungleich schwerer fallen und infolgedessen erschöpfender wirken, als bei einem Schwimmer, immerhin lange genug. Während dieser Prozedur hat der Schwimmlehrer die an der Angel befindliche Stange in den Händen, und die am oberen Ende der letzteren durch einen Ring laufende Leine, an welcher der im Wasser „Spätelnde“ befestigt ist, soll vorschrittmäßig am Oberarm des Schwimmlehrers festgebunden sein. Nachdem der Füsillier Horn seine Zeit „abgewürschelt“ hatte, ließ der Unteroffizier, der dem Erschöpften zur Wiedererlangung festen Bodens behilflich sein sollte, die Stange nebst Leine, welche letztere jedenfalls nicht befestigt war, ins Wasser fallen, und der Füsillier sank unter. Anstatt nun, wenn wirklich ein zufälliges Entgleiten der Stange und des Strickes, wie der Schwimmlehrer behauptet, vorgekommen ist, dem Ertrinkenden sofort nachzuspringen, setzte sich unser Held in aller Gemüthsruhe auf das Sprungbrett. Die dort noch anwesenden schwimmkundigen Kameraden und der Ober-Schwimmlehrer, die die Gefahr erkannten, sprangen darauf dem Sinkenden nach und beforderten ihn mehr tot als lebendig an die Oberfläche und auf's Trockene. Nach etwa einer halben Stunde erholte sich Horn so weit, daß er dem Unteroffizier Vorkhaltungen machen konnte über sein Verhalten. Dieser antwortete ihm, „er solle nur das Maul halten, sonst müßte er noch mal wieder ins Wasser“. Von zwei Kameraden gestützt, wurde darauf Horn nach der etwa eine Stunde entfernten Kaserne in der Ulmenstraße geschleppt. Hier machte sein Zustand die Ueberführung ins Lazareth notwendig, wo er zwölf Tage verbleiben mußte, um den an seiner Gesundheit erlittenen Schaden einigermaßen wegzumachen. Als Horn darauf zur Beschwerdeführung bei dem Feldwebel erschien, wurde er mit den Worten zurückgewiesen, „er (der Feldwebel) könne dabei nichts machen, denn dem Verdammt sei die Stange „zufällig“ aus der Hand gefallen“, und — fügte wir hinzu — er hätte Horn auch jedenfalls „zufällig“ ertrinken lassen, wenn dessen Rettung nicht durch andere Personen erfolgt wäre. Das bewirkt, sagt treffend unser Bruderorgan, die „Neckenburgische Volks-Zeitung“, die mit dem „Drill“ verbundene und gepflegte „Erziehung“ in den „Ferienkolonien“, die jedes menschliche Gefühl erdödet. —

Vergeldung von Staatsgeldern. Das Süddeutsche „Voll“ schreibt unter dieser Aufschrift:

„Jedes Mitglied des preussischen Hauses der Abgeordneten erhält bekanntlich täglich 15 M. Diäten. Diese Summe soll die Kosten des Aufenthaltes des Abgeordneten in Berlin decken. Unter diesem Gesichtspunkte sind die Diäten durchaus berechtigt. Aber auch nur unter diesem Gesichtspunkte. Einen Erwerbszweig soll der Beruf des Abgeordneten nicht darstellen. Das erscheint unbestreitbar. Dennoch giebt es in Preußen eine Einrichtung, die den Abgeordneten Staatsgelder in den Schooß wirft, ohne daß diese Ausgabe durch irgend eine Gegenleistung der Abgeordneten gerechtfertigt wäre. Die Abgeordneten erhalten die Diäten nämlich während der ganzen Dauer einer Sitzungsperiode, einerlei, ob sie in Berlin sind oder nicht, einerlei in bezug auf andere, ob das Haus tagt oder vertagt ist. Sehr eigentümlich bezieht es schon, daß Volkervertreter, die ihr Mandat (Auftrag) zum fortgesetzten „Schwänzen“ benutzen, am Schluß der Sitzungsperiode ruhig 1000 M. und mehr für ihr Nichtstun erheben können. Man erinnert sich an den bekannten freikonservativen Grafen Gersdorff, der, nachdem er niemals zu den Sitzungen erschienen, sondern irgendwo im Auslande herumgereist war, sich nicht einmal selbst

nach Berlin bemühen wollte, um die Diäten abzuholen, sondern einen anderen damit beauftragte. Eine Abstellung dieses Mißstandes wäre freilich nur möglich, wenn man eine Kontrolle über den Besuch der Abgeordneten einführen wollte, ähnlich wie sie in Paris für die Theilnahme der Mitglieder der Akademie an deren Sitzungen besteht. Eine so weitgehende Maßregel wollen wir indessen gar nicht einmal vorschlagen. Dringend notwendig erscheint uns dagegen eine Aenderung des unerhörten Verfahrens, wonach die Abgeordneten auch während der Vertagung des Landtages ruhig ihre Diäten fortbezogen. Das ist eine Vergeudung von Staatsgeldern, zu der uns nicht die mindeste Veranlassung vorzuliegen scheint. Die auf diese Weise unnütz verausgabten Summen sind gar nicht so gering: Während der letzten Sitzungsperiode hat das Abgeordnetenhaus nicht getagt vom 26. November 1892 bis 10. Januar 1893, vom 22. März bis 11. April, vom 9. bis 30. Mai, vom 31. Mai bis 27. Juni, im ganzen 109 Tage. Während dieser Zeit sind an die 488 Abgeordneten täglich je 15 M. Diäten gezahlt worden, d. h. 707 955 M. Diese Summen haben die Herren Abgeordneten geschluckt, während sie ruhig in ihrer Heimath saßen und ihrem bürgerlichen Berufe nachgingen. Ganz angenehm — für die Abgeordneten. Aber für die Staatskasse? Wir sind nun durchaus keine Unmenschen, die gleich mit umhülferischen Gedanken kommen. Wir wollen keine radikale Aenderung, sondern nur eine Beseitigung der schreiendsten Mißstände. Da die Abgeordneten während der Vertagung natürlich nach Hause reisen, so ist es recht und billig, daß ihnen durch die Hin- und Rückreise keine Unkosten entstehen. Man könnte freie Fahrt für die Fälle der Vertagung einführen. Da das vielleicht etwas umständlich ist, so läßt sich ein anderer Ausweg finden. Man lasse die Abgeordneten im Vertagungsfalle einfach noch eine Zeit lang, höchstens zehn Tage hindurch, die Diäten fortbezogen. Wendet man diesen Vorschlag auf die vorige Sitzungsperiode an, so hätten die Abgeordneten während der 109 Tage, wo keine Sitzungen stattfanden, statt 707 955 nur 448 155 Mark erhalten. Immerhin hätte die Staatskasse auch bei dieser für die Abgeordnete so günstigen Lösung der Frage fast eine halbe Million gespart. Eine halbe Million ist bei dem riesigen Budget nicht viel. Aber sie zum Fenster hinauszuwerfen, dazu laßt unsere Finanzlage gerade nicht ein. Für die Regierung ist es ja nicht leicht, an dieser heißen Frage zu sparen. Ihr kommt auf die gute Stimmung der Abgeordneten natürlich viel an. Und da in Geldsachen die Gemüthlichkeit ausreicht, so könnten die Abgeordneten leicht ungemüthlich werden, wenn man ihre eintägigen Vorrechte beschnitt. Aus der Mitte des Abgeordnetenhauses selbst heraus wird sich vermutlich noch weniger eine Anregung zur Beseitigung der mißbräuchlichen Diätenzahlung finden. Sache der öffentlichen Meinung und namentlich der Presse ist es, auch in diesem Punkte auf eine größere Sparsamkeit in der Verwendung öffentlicher Gelder zu dringen.“

Diese Ausführungen des Süddeutschen Blattes verdienen allgemeine Beachtung. Wir sind damit in jedem Betracht einverstanden. — Die Mißwirtschaft des Jahresantrittes, gebrandmarkt durch ein konservatives Organ, das ist auch ein Zeichen der Zeit. —

Auch das Organ der lutherischen Junker, die „Kreuz-Zeitung“, beschäftigt sich mit unserem Artikel „Die Kleinbauern und die Geistlichkeit“ („Vorwärts“ Nr. 181 vom 4. August). Das konservative Blatt, dessen Leiter eine gute Witterung für „Staatsgefährliches“ haben, bemerkt zu unseren Ausführungen über die Agitation in protestantischen Gegenden:

Man muß gestehen, daß dieses Rezept mit diabolischer Geschicklichkeit abgefäht ist. Um so mehr wird es Sache der Konservativen sein, solcher Verheerung entgegenzuwirken. Im Interesse der für die Agitation in Angriff zu nehmenden Distrikte kann es nur sein, wenn wir den Schlachtplan hier mittheilen, damit man dort schon jetzt weiß, was die Worte des „Vorwärts“ wiederholenden Landverfechter vorzubringen haben werden. Es wird nicht allzu schwierig sein, diese Boten geistig in den Sand zu streuen, mag ihre Taktik auch noch so raffiniert sein.“

Wenn die Anhänger des Junkerthums den Kampf mit geistigen Waffen, wie wir ihn führen, aufnehmen, so läme es nur auf den Versuch an, wer dann bei dem Turnier in den Sand gestreckt würde. Das Wörtchen „geistig“, das die „Kreuz-Zeitung“ natürlich ohne „diabolische Geschicklichkeit“ und gar nicht „raffiniert“ einfließt, wird die Heilsboten des Konservatismus, die die Hohlhunde hehen, die Knechte aufbieten und als „geistige“ Waffen den Dreiflügel und die Mistgabel führen, das Wörtchen „geistig“, sagen wir, werden die Junker und Junkergenossen sich nach ihrer Art auslegen. Beispiele lehren es. Uns könnte nur willkommen sein, wenn die Begner sich in eine ernsthafte Auseinandersetzung einließen. Aus dem Sattel sollten sie schon gehoben werden. —

Aus Baden schreibt man der „Frankfurter Zeitung“: „In einem Theil unserer Presse, besonders im Oberland, wird augenblicklich ein Vorgang an Jahre Gymnasium lebhaft besprochen. Es handelt sich um einen Schüler, der in seinem Vortrag über Lessing einige Bemerkungen gegen den Antisemitismus einflößt, indem er unter Anderem ausführt, „auf dem Boden der Unterdrückung und Verachtung erwacht nicht die schöne Blume der Menschenliebe, wohl aber die Giftblume des Menschenhaßes“, und seine Mitschüler aufforderte, „befreit von einem ungesunden Drang nach Wahrheit die höchsten Ziele der Erkenntnis zu erreichen zu suchen, dann aber auch, getrieben von heiliger Liebe zur Menschheit, jederzeit einzutreten, wo es gilt, den Unterdrückten und Ausgebeuteten beizuhelfen“. Darüber natürlich großes Aufsehen in der sog. „liberalen“ Presse, zumal der Abiturient das Unglück hat, jüdische Konfession zu sein. Als Strafe für seine freisinnig-sozialistische Wählrede“ ist dem jungen Mann zur Befriedigung aller geängstigten Gemüther vorläufig das Abgangszeugniß vorenthalten worden, obgleich er sein Examen glänzend bestanden hat, und die Lehrer-Vergesellschaft sieht nun mit Spannung dem weiteren Verlauf der Sache entgegen.“ Warum hält der Unselige keine antisemitisch-nationalliberale Wasserwaage? —

Ausschließung von Agenten bei der Errichtung von Rentengütern. Bisher haben die Generalkommissionen, denen die Ausführungsarbeiten bei der Errichtung von Rentengütern übertragen sind, nichts dagegen eingebracht, wenn Rentengüter-Verkäufer, denen es an Käufem mangelte, sich Mittelspersonen zur Beschaffung solcher bedient haben. Es ist jedoch neuerdings, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben, wiederholt von Agenten versucht worden, durch Abschluß von Verträgen mit Rentengüter-Käufern die Durchführung von Rentengüter-sachen an sich zu ziehen und das staatliche Kolonisationswerk zu unsauberer Güterspekulation zu benutzen“. Die Generalkommission zu Bromberg, die für die Provinzen Ost- und Westpreußen sowie Posen thätig ist, hat deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Bearbeitung von Rentengüter-sachen, in denen Rentengüter-Verkäufer solche Verträge mit Agenten abgeschlossen haben, ohne weiteres ablehnen werde. — (Fortsetzung der Politischen Uebersicht in der 1. Beilage.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 9. August.
Koffing-Theater. Am Tage des Gerichts.
Kroll's Theater. Don Juan.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Ranon.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
Alexanderplatz Theater. Kean, oder: Genie und Leidenschaft.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Prudens. Musik von Adolph Wiedede. Komplettes v. Linderer. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne: Novität:
Wirkliches Wasser! Wirklicher Regen! Berlin unter Wasser
oder: „Anzipp's Wasserkur“.
Poffe mit Gesang und Tanz in 2 Akten von Mylius.
Vorher Novität:
Chansonetten-Liebe.
Poffe mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Eugen Prudens.
Vor, nach und zwischen den Poffen: Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
Neues Programm.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Castan's Panopticum. Riesen-Schlangen-Familie

aus Carl Hagenbeck's Thierpark. Ohne Extra-Entree.

Passage-Panopticum. Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Victoria-Brauerei, Lühowstraße 111-112.
Garten resp. Saal (außer täglich Sonnabends)
Stettiner Sänger
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonntag 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf.
Billets Sonntags keine Gültigkeit.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich von 5 Uhr ab:
Grosses Frei-Concert
Solisten der Leipziger Sänger vom Krystall-Palast.
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 25 Pf. Anf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten u. Versamml. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

Etablissement Süd-Ost

Inhaber: Carl Hirsch, Waldemarstrasse 75.
Jeden Sonntag: **Sanktkränzchen.** Anfang 5 Uhr.
Saal für Vereine u. Gewerkschaften zu Versammlungen und jeder Art Festlichkeit steht zur Verfügung. 4649L*
Einige Sonnabende sind noch frei

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahn-Station: Zoolog. Garten. Anfang 8 Uhr Abends.
Heute, Mittwoch, den 9. August: **Gr. Gala-Sport-Vorstellung.**
Neu! Neu! Neu! Sensationell!!!
Zum 1. Male in Berlin:
Die irische Bank.
Sprungtänze, ausgeführt von Sprungpferden erster Klasse unter Sattel.
500 Mark Prämie
demjenigen, welcher mit eigenem Pferde die in dieser Pöce ausgeführten Sprünge nachmacht!
Offene Konkurrenz!
Meldungen werden jederzeit im Bureau des Circus entgegengenommen.
Ferner Auftreten der vorzüglichsten Kunstreiter, Kunstreiterinnen, Clowns, Spezialitäten allerersten Ranges, sowie Reiten und Vorführen der bestbesetzten Schul- u. Freiheitssperde vom Direktor.
Ausführung der bis jetzt mit so großem Beifall aufgenommenen Ausstattungs-Pantomime
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib im Laufe der Jahrhunderte.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80 u. 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 10. August 1893:
Benefiz für das beliebte Alberti Oris, Helmuth Peters.
Von der Bilder-Verloosung am 6. d. M., Viktoria-Park, Frankfurter Allee 72, sind folgende Gewinne abgehoben: Nr. 2, 10, 21, 72, 151 u. 226.
Mag Richter, Grüner Weg 85.

Hippodrom unter Wasser.
BERLINER HIPPODROM
Am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Gr. Jubiläumsvorstellung.
Zum 25. Male:
Am Strande von Ostende.
Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern
Gr. Illumination des Bade-Hotels
Brillant-Feuwerk.
Festliche Beleuchtung des Parks
Außerdem vollständig neues Programm. Im prachtvollen Park:
Grosses Concert
von 5 Uhr an. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Prese der Plätze 4, 3, 2, 1, 0,75 M.

Schweizer Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Mittwoch:
Familien- und Kinderfest
verbunden mit Präsentvertheilung.
Große Fackel-Polonaise und Kinderbelustigungen.
Gr. Extra-Vorstellung.
Entree 30 Pf. Im Saale: **Ball.**
Etablissement Buggenhagen.
Morg. Plat. Morg. Plat.
Täglich: **Gr. Garten-Concert.**
Gr. Frühstück- u. Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von **Pakenhof's Lagerbier**, hell und dunkel.
Bei ungünstiger Witterung findet das Concert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerje, Festlichkeiten etc.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.
Für Agitationszwecke empfehlen wir den Parteigenossen:
Ferd. Lassalle's Reden und Schriften
in Einzel-Ausgaben:
Meine Afsenrede, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1848 gegen die Anklage, die Bürger zur Verfassung gegen die königliche Gewalt aufgehetzt zu haben. Wf. — 40
Fichte's politisches Vermächtnis Ein Brief. Wf. — 15
Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes. Beiträge, gehalten bei der am 19. Mai 1868 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissenschaftlichen Kreisverein veranstalteten Fichtefeyer. Wf. — 15
Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. — Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. — Macht und Recht. Ein offenes Gedächtnisrede Ferd. Lassalle's. Wf. — 35
Arbeiterprogramm. Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterhandes. Wf. — 15
Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die beschlossenen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Beschäftigten öffentlich angereizt zu haben. Wf. — 30
Die indirekte Steuer Eine Verteidigungsrede vor dem Königl. Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage, die beschlossenen Klassen zum Haß und zur Verachtung geg. die Beschäftigten öffentl. angereizt zu haben. Wf. — 60
Der Lassalle'sche Kriminalprozess. II. und III. Heft: Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Bericht. Drittes Heft: Das Urtheil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rechtsfertigung bearbeitet. Wf. — 50
Offenes Antwortschreiben an das Central-Comitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig. 6. Auflage. Wf. — 10
Zur Arbeiterfrage. Rede bei der am 16. April 1848 in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. Nebst Briefen Professor Wuttke's und Gotthard Bucher's. Wf. — 10
Arbeiterlesebuch. Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am 17. und 19. Mai 1848. Nach dem stenogr. Berichte. Wf. — 25
Keine Aufsätze: Die französischen Nationalmaximalen von 1848. Antwort an Herrn Professor Rau. Lassalle und die Statistik von Wacker-nagel. Herr Wacker-nagel über der modernen Herosokratie. Erwiderung auf eine Rezension der „Neu-Zeitung“. Wf. — 15
Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordneten-tag. Drei Symptomate des öffentlichen Selbstes. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf. Wf. — 35
Rede vor der korrekzionellen Appellkammer zu Düsseldorf. Verteidigungs-Rede gegen die Anklage, verschiedene Klassen der Bevölkerung zum Haß und zur Verachtung öffentlich angereizt zu haben. Wf. — 10
An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins. Wf. — 30
Der Hochverrats-Prozess wider Ferd. Lassalle vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin a. 12. März 1864. Nach dem stenographischen Berichte. Wf. — 40
Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Wonnberg am 23. Mai 1864. Wf. — 35
Herr Julian Schmidt, der literarische Kritiker, mit Begehr-schollen. Wf. — 75
Franz von Sickingen. Eine historische Tragödie. 2. Auflage. Wf. 2.—
Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonom. Julian oder Kapital und Arbeit. Wf. 1.—
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Bei Aufträgen von Auswärts ersuchen wir höflichst um gleichzeitige Einzahlung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra.)

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhalde,
Bergmannstrassen-Ecke, 60/1
Heute, Mittwoch, den 9. August 1893:
Grosses Erntefest nach ländlicher Sitte mit großem Festzug, Fahnenzug, Sackhüpfen, Gratis-Verloosung.
Gr. Garten-Concert u. BALL.
Marionetten-Theater. Volksbelustigungen. Abends Fackelzug u. beng. Beleucht. Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. Kinderbillets à 15 Pf. nur an der Kasse. A. Froelich.
Morgen, Donnerstag: **Grosses Extra-Militär-Concert.**

Neue Welt, Hasenhalde.
Bergschloss-Brauerei.
Heute, Mittwoch:
II. Kinder-Erntefest mit Gratis-Verloosung. Hauptgewinn: 1 Sportwagen.
Puppentheater, Kinderspiele, Erntefest u. Fackelzüge.
Von 4 Uhr Nachmittags: **Concert- u. Komiker-Vorstellung.**
Entree: Erwachsene 15 Pf.
Kinder 10 Pf., die eine Münze, Geschenk und Freilos erhalten.
1841b Donnerstag: **Trionspiele; Monstre-Feuwerk.**

Weimann's Volksgarten,
Badstrasse 56. Gesundbrunnen. Pankstrasse 25.
Erntefest mit humoristischem Festzug.
Concert. Spezialitäten-Vorstellung. Ball.
Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. 1842b
Sonnabend: Gesangverein Nord. Montag: Berl. Schuhmacher-Jungung.

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufsg.
(Buchbinder, Präger, Schleifer, Arbeiter und Arbeiterinnen.)
am Donnerstag, den 10. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr,
in der Brauerei Friedrichshain (Pils), Am Königsthor.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Ausstand bei H. u. G. Kaufmann. Referent: Kollege O. Gillier.
2. Vortrag über: Der politische und wirtschaftliche Kampf des Profetariats. Referent: Kollege A. Schulz.
3. Diskussion.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend erforderlich. Tagesordnung findet nicht statt.
299/13 Der Einberufer.

Fachverein der Bilderrahmenmacher
Berlins und Umgebung.
Sonnabend, den 12. August, bei Volk (fr. Feuerstein),
Alte Jakobstr. 70:
Sommernachts-Kränzchen.
Billets sind zu haben im Süden im Arbeitsnachweis bei Pulz, Wasserthorstraße 5, und im Norden bei Leimbach, Gartenstr. 69, 2 Tr.
Alle Freunde und Gönner des Vereins werden hiermit freundlichst eingeladen.
1844b Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Donnerstag, den 10. August, Abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant „Neue Post“, Beuthstraße Nr. 22, 1 Tr.:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Eine amtliche Beleuchtung der ebenen Verhältnisse im Handelsgewerbe. Referent: Dr. Braun. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
290/7 Der Vorstand.

Sattler!
Donnerstag, den 10. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Grandenburger-Garten, Wasserthorstr. 54:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Buchdrucker Massini. 2. Diskussion. 3. Die bevorstehende Militär-Arbeit. 4. Verschiedenes.
290/7 Die Agitations- und Lohnkommission der Sattler Berlins.

Sonnabend, den 12. August,
Andreasstr. 64. Konkordia-Festsäle. Andreasstr. 64:
Großer Sommernachts-Ball
veranstaltet vom
Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin I.
Musik, ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivildienstmusiker Berlins.
Anführung von lebenden Bildern.
Billets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf.
Freunde und Gönner des Verbandes ladet freundlichst ein
173/20 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.
Donnerstag, den 10. August, Abends 8 1/2 Uhr, in der
Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
General-Versammlung.
Fortsetzung der Tages-Ordnung vom 4. d. M.:
1. Diskussion über die Anträge des Vorstandes: a) Centralisation des Unterrichts. b) Wegfall des Elementar-Unterrichts. 2. Wahl des 2. Vorsitzenden, des Kassiers und zweier Revisoren. 3. Anträge der Schul-Kommissionen zu zwecks Statutenänderung. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastiansstr. 20
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*
Dierzu zwei Beilagen

Internationaler Arbeiter-Kongress in Zürich.

Zürich, 7. August.

Den Vorsitz übernimmt Singer: Mit besonderer Freude übernehme er heute für die deutsche Sozialdemokratie den Vorsitz, weil für uns Deutsche sich zugleich damit eine freudige Erinnerung verknüpfte. Es sind jetzt 25 Jahre her, daß in Deutschland zum ersten Male ein Arbeitertag die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation angenommen habe. Der Verbandstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg hat mit diesem Beschlusse erklärt, alles daran zu setzen, bis die deutsche Arbeiterklasse die politische Macht errungen habe, um die bürgerliche Gesellschaft zu stützen. Wir haben von jeher in Deutschland die internationale Solidarität gepflegt, in allen unseren Kämpfen haben wir uns eins gefühlt mit dem Proletariat aller Länder; aber auch die Genossen der anderen Länder haben uns nicht bloß in den schweren Zeiten der Verfolgungen, sondern stets und erst vor wenigen Wochen wieder mit einem so hohen Maße von Freundschaft und Zeichen von internationaler Solidarität beglückt, daß ich hier im Namen der deutschen Sozialdemokratie das erste Wort dazu benutzen muß, unseren Dank hierfür auszusprechen.

So wie bisher werden wir auch künftig weiter arbeiten; und dies Parlament der Arbeiter wird darum auch ein Parlament der Arbeit werden, die uns dem Tag entgegenführt, wo das rote Banner des Sozialismus siegreich über das Erdendrund wehen wird. (Beifall.)

Der Kongress tritt in die Beratung über die von der Vorkonferenz in Brüssel vorgeschlagenen Bestimmungen über die Zulassung zum Kongress ein. Diefelben lauten:

1. Zugelassen zum Kongress werden alle Arbeiter-Gewerkschaften; ferner die sozialistischen Parteien und Vereine, die die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation und der politischen Aktion anerkennen.

2. Jede Nationalität prüft die Mandate ihrer Angehörigen, sie fertigt ein Verzeichnis der anerkannten, sowie der allfällig beanstandeten Delegierten an und übergibt es sammt den Mandaten dem Bureau des Organisationskomitees zur Drucklegung und nachheriger Abgabe an das Bureau des Kongresses.

3. In Streitfällen über die Zulassung entscheidet zuerst das Bureau des Kongresses, und wenn dessen Entschluß angefochten wird, der Kongress.

4. Die anerkannten Delegierten erhalten vom Organisationskomitee Karten auf ihren Namen.

Keuser (Paris, Schriftföher) beantragt zu Punkt 1 den Passus von der politischen Aktion zu streichen; nicht alle Vertreter und nicht alle vertretenen Organisationen seien mit der politischen Aktion einverstanden, aber alle seien vom besten Willen befeht, im Interesse der Arbeiterklasse zu arbeiten. So sehr er damit einverstanden sei, daß alle Rubeförner rücksichtslos entfernt werden, so sehr sei er dafür, daß jede politische Meinung in anständiger Form sich hier äußern dürfe und ihre Vertreter Zutritt haben.

Ganter Watts (England): Die englische Delegation sei darin einig, daß Punkt 1 vollinhaltlich in der Fassung der Brüsseler Vorkonferenz aufrecht erhalten werde; aber in der weitesten Auslegung, daß jeder Gewerkschaftsdelegierter Zutritt habe, ohne Rücksicht, ob seine Gewerkschaft mit Politik sich befaße oder nicht. Bezüglich der Anarchisten seien die Engländer der Ansicht, daß jeder Anarchist zurückgewiesen werden soll, wenn er anarchistische Prinzipien vertritt, nicht aber wenn die Gewerkschaft oder Verein, die das Mandat ausgestellt, diese anarchistischen Theorien selbst nicht beethätigen.

Sonnier (im Namen der Minorität der französischen Delegation) tritt für die Aufrechterhaltung der Brüsseler Bestimmung ein; eine Trennung der Gewerkschaftsbewegung von der politischen sei heute nicht mehr möglich; anarchismus freilich könne keine Gewerkschaft sein, daß widerspreche ihrem Wesen, und was sich heute Anarchist nenne, sei entweder Wirrtopf oder Agent provocateur.

Landauer (Berlin, Redakteur des „Sozialist“), theilt im wesentlichen den Standpunkt Keuser's; er beantragt Streichung der Bestimmung von der Notwendigkeit der Arbeiterorganisation, weil jeder Verein, jede Partei und Gewerkschaft diese selbstverständliche Voraussetzung erfüllt habe; ebenso müsse gestrichen werden die Bestimmung der politischen Aktion, weil diese Frage der Kongress erst zu entscheiden habe. Anarchisten seien zugelassen, wenn die Anarchisten — so wie er — Sozialisten seien (Allgemeines Gelächter). Er stellt einen dementsprechenden Antrag. Nun müsse er noch eine persönliche Angelegenheit zur Sprache bringen. Bebel habe gestern in der Konferenz der deutschen Delegation ihn gleichsam als einen Polizeispöbel hingestellt, weil er nachgewiesen, daß Parteien und Vereine nach dem Stande der deutschen Vereinsgesetzgebung gar keine Delegierten wählen könnten. Das sei eine infame Beleidigung, gegen die er protestiere.

Mowbray (englischer Anarchist, Vertreter der internationalen Schneidergewerkschaft in London): Der Kongress sei kein Inquisitionsgericht, sondern eine öffentliche Versammlung, wo jedem das Recht zustehen müsse, die anderen für seine Meinung zu beeinflussen. Hier aber wolle die Majorität den Kongress zu einem sozialdemokratischen machen, und nicht die politische Aktion soll als Zulassungsgrund gelten, sondern die parlamentarische. War die Tödtung Alexanders II. keine politische Aktion? Er hoffe, daß auch die deutschen Sozialdemokraten bald zu der politischen Aktion greifen müssen, die man die Aktion der Gewalt nenne.

Bebel: Er werde bevor er auf die Begründung seines und seiner Freunde Antrag eingehe, auf die persönliche Anpassung Landauer's antworten. Landauer habe gestern in der deutschen Delegiertenkonferenz nachdrücklich davor gewarnt, daß Vertreter von Vereinen aus Deutschland auf dem Kongress erschienen, weil diese sich sonst in Konflikt mit den bestehenden Gesetzen brächten und schwere Strafe zu erwarten hätten. (Landauer: Das ist nicht wahr). Bebel: Sie scheinen nicht zu wissen, daß Sie das selbe vorhin in Ihrer Rede sagten. (Stürmische Zustimmung). Er habe nur seine Verwunderung ausgesprochen, daß ein Mann, der es liebe, sich sonst als einer der radikalsten aufzuspielen, hier wie ein Polizeimann spreche. An dieser Auffassung habe er nach der heutigen Rede Landauer's nichts zu ändern. (Beifall, stürmische Unterbrechung seitens der Anarchisten.) Damit sei dieser Punkt für ihn erledigt.

Eins habe die Landauer'sche Rede heute bewirkt: ihn zu überzeugen, daß der Wortlaut des Brüsseler Beschlusses bedeutungslos sei. In Brüssel freilich wußte jeder, was wir unter politischer Aktion verstanden wissen wollten. Um aber jede Mißdeutung vorzubeugen, stelle er mit Kautsky, Adler, Lang, Edwards, Liebknecht folgenden Antrag:

Wir beantragen, dem Absatz I der Resolution über die Zulassung zum Kongress hinzuzufügen:

Unter politischer Aktion ist zu verstehen, daß die Arbeiterparteien die politischen Rechte und die Gesetzgebungsmaschinerie benutzen oder zu erobern suchen zur Förderung der Interessen des Proletariates und zur Eroberung der politischen Macht.

Unsere Faltung sei durch die Erfahrung gegeben. Von den

Anarchisten trennen uns grundsätzliche Gegensätze; unser Standpunkt ist so verschieden, daß jede Diskussion überflüssig ist. Bei solch schroffem Gegensatz in allen prinzipiellen Fragen hätte die Zulassung der anarchistischen Delegierten nur das eine Resultat: die Zeit todzuschlagen und schließlich die Verhandlungen des Kongresses resultatlos verlaufen zu lassen. Der Hinweis auf die Gewerkschaften sei hinfällig, die Gewerkschaften stehen alle auf dem Boden des Klassenkampfes; sie sind alle darin einig, jedes Mittel zu gebrauchen, das ihnen im Kampfe gegen den Kapitalismus Erfolg verspreche, und sie seien allesamt auch darin einig, für ihre Forderung in den politischen Kampf einzutreten. Gerade die englischen Gewerkschaften hätten seit Jahren durch die Schaffung ihres parlamentarischen Komitees den schlagendsten Beweis dafür erbracht, daß sie überall da das Mittel des Parlamentarismus, der Gesetzgebungsmaschine benützen, wo sie glauben, daß ihre eigene Kraft nicht hinreichte, die gestellten Forderungen zu erlangen.

Alle früheren Kongresse haben diesen Standpunkt eingenommen; sowohl die Pariser wie die Brüsseler Kongressbeschlüsse in der Frage der Arbeiterschutz-Gesetzgebung (Nachtstunden, Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit etc.) sind alle gefaßt unter der ausgesprochenen Voraussetzung, daß sie verwirklicht werden sollen, nur verwirklicht werden können auf dem Wege der Gesetzgebung. Wenn nun alle diese Forderungen die Grundlagen unserer Verhandlungen bilden, wenn der Zweck unserer Beratungen ist, über Mittel und Wege uns zu verständigen, wie wir die politische Macht erobern, dann haben diese Herren hier nichts zu suchen.

Wenn eingewendet wird, erst dieser Kongress habe über das Mittel der politischen Aktion zu entscheiden, denn die Holländer protestierten ja auch gegen die parlamentarische Bethätigung, so sei das nicht richtig. Gewiß gingen wir mit den Holländern auseinander; aber die Holländer lehnten nicht grundsätzlich die Teilnahme an den allgemeinen Wahlen, die Eroberung der politischen Macht ab, sondern hätten nur eine abweichende Meinung über das Maß der Teilnahme am parlamentarischen Kampf. Anders die Anarchisten. Diese lehnen jede Bethätigung ab; wo das allgemeine Wahlrecht vorhanden, verzichten sie darauf, wo es sich um die Eroberung desselben für die Arbeiterklasse handle, stemmen sie sich dagegen, weil sie es für überflüssig halten.

Bei solcher prinzipieller Meinungsverschiedenheit sind wir Deutschen entschlossen, ein Ende zu machen. Es ist doch kein Vergnügen, erst drei Tage zu diskutieren, und dann den Resten doch die Thüre zu weisen, weil sie nicht zu uns gehören. Sie mögen einen besondern Kongress für sich einberufen, genau so wie diejenigen separate Kongresse abhalten, welche den christlich-sozialen Standpunkt vertreten. Wie wir nach rechts in dieser Hinsicht die Grenzlinie gezogen haben, ebenso sind wir entschlossen, sie nach links zu ziehen.

Nun wird heute von diesen Herren freilich der Anarchist möglichst in den Hintergrund gedrängt, man spielt sich als Sozialisten auf. Was wollen diese Herren Anarchisten oder „Unabhängige“? Sie haben keinen gemeinsamen Standpunkt, kein gemeinsames Prinzip, nicht einmal einen gemeinsamen Namen. So viel Köpfe, so viel Meinungen. Nur einen gemeinsamen Verführungspunkt haben sie alle: Die Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie. Wenn man ihr Blatt liest, so könnte man den Eindruck gewinnen, als ob die Bourgeoisie gar nicht existiere, und der Hauptfeind die Sozialdemokratie sei. Mit einer solchen Sekte können wir nicht unterhandeln, wir müssen klar und bestimmt aussprechen, wer auf den Kongress gehört und wer nicht.

(Die Ausführungen Bebel's wurden wiederholt von lautem Beifall unterbrochen und am Schluß mit rauschendem Beifall von den Delegierten und dem Galleriepublikum begrüßt.)

Cahan, Delegierter der jüdisch-amerikanischen Arbeiter. Die französischen Delegierten hier auf dem Kongress haben kein Recht sich hier als Vertreter Frankreichs hinzustellen. Während wir hier noch diskutieren, ob man in die politische Aktion eintreten solle oder nicht, machen grade diejenigen, die nicht hier sind, die politische Arbeit, aber die wir hier erst noch abstimmen wollen. Wären diese Vertreter Frankreichs anwesend, so wäre der Beschluß anders angefallen, als er jetzt vorliegt. Als wir amerikanischen Delegierten abtraten, wußten wir, daß wir zu einem Kongress von Sozialdemokraten und Arbeiter-Organisationen gingen. Die Anarchisten scheinen das freilich nicht gewußt zu haben; das ist allerdings nicht wunderbar, denn die wechseln ja alle Augenblicke ihre Ueberzeugung. Anfangs waren sie gegen die Gewerkschaftsorganisation wie gegen jede Organisation, jetzt werfen sie sich auf die gewerkschaftliche Bewegung, aber nur, um sie als Dedmantel zu benutzen, unter dem sie für ihre Ideen Propaganda machen können. Wenn wir hier mit Anarchisten diskutieren wollen, müssen wir so viele Meinungen anhören, als Anarchisten anwesend sind, nur in einem sind sie einig, daß sie sich gegen jedes Repräsentativsystem wenden. Wenn aber jemand Gegner oeffenbar ist und sich dann hier als Repräsentant einer Organisation ausspricht, so kommt mir das gerade so vor, als wenn jemand Gefrorenes gefocht offen wolle. Hier wollen die Unabhängigen und Anarchisten die mittelste Form der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, und wenn sie nach Amerika kommen, da drücken sie dem Dynamitrad die Hand. Man hat hier die Tödtung Alexanders II. mit in die Diskussion hineingezogen, um den Beweis zu führen, daß eine anarchistische That eine politische Handlung sein könne. Aber das ist total falsch. Die, welche Alexander II. den Tod gaben, waren keine Anarchisten, sondern Sozialisten und dazu noch so sehr von der Notwendigkeit der politischen Thätigkeit des Proletariats überzeugt, daß sie dem ersten Gegner des Repräsentativsystems gerade deshalb den Tod gaben. Ich und die amerikanischen Delegierten werden für den Antrag der Brüsseler Vorkonferenz mit dem Amendement Bebel stimmen.

Cornelissen (Holland) erhebt den Vorwurf, daß der Beschluß von Brüssel nicht zur richtigen Ausführung gelangt. Sachlich bittet er, nicht weiter auf dem Wege der Ausschließung vorzugehen; wenn jede Gewerkschaft zugelassen werde, so müsse jeder politische Verein, jede Partei Zulassung finden, auch die Anarchisten, wenn sie als Sozialisten kommen.

Nach Verlesung einer Anzahl von Begrüßungsschreiben tritt die Mittagspause ein.

Zweite Sitzung. Montag Nachmittag 2 Uhr. Die englischen Delegierten lassen durch Hobson erklären, daß sie Schluß der Debatte beantragen; werde der Antrag abgelehnt, so werden sie ihn nach jedem Redner wieder einbringen; sie seien entschlossen, diese unfruchtbare Debatte unter allen Umständen zum Abschluß zu bringen; es sei nur Zeitvergeudung, denn sachlich komme die Frage unter Punkt 3 der Tagesordnung zur Entscheidung.

Die übergroße Mehrheit beschließt Schluß der Debatte. Zur Abstimmung gelangt eine Resolution Holders, wonach die Bestimmung der Brüsseler Konferenz als bindend erachtet, alle anderen Anträge mit Ausnahme des Amendements Bebel als erledigt zu betrachten seien. Die Abstimmung erfolgt nach Nationalitäten: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Norwegen, Holland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Rußland, Schweiz, Amerika und Australien sind einstimmig dafür,

Spanien dagegen, England mit allen gegen 7 bis 8 Stimmen dafür.

Auch über den Antrag Bebel erfolgt Abstimmung nach Nationalitäten; Spanien stimmt dagegen, Holland mit großer Majorität dagegen, Belgien und Frankreich enthalten sich der Abstimmung, England mit allen gegen 4, die übrigen Nationen sind einstimmig dafür.

Nach der Abstimmung schreit Werner durch den Saal: „Wir protestieren, daß das ein Arbeiterkongress ist.“ Werner und Konforten protestieren hierauf durch beschimpfende Zwischenrufe, die auf der Tribüne anwesenden Zürcherischen „Unabhängigen“ versuchen in den Saal zu dringen, eine minutenlange Unruhe entsteht, die Verhandlungen stocken einige Minuten, schließlich mußten Werner, Landauer und noch ein paar Hauptkaleher gewaltsam aus dem Saal entfernt werden.

Die Franzosen geben durch Degay die Erklärung ab, daß sie sich deshalb der Abstimmung enthalten, weil der Antrag nicht verstanden worden und über ihren Antrag zur Tagesordnung geschritten worden sei.

Auf Antrag der deutschen Delegation werden die übrigen Bestimmungen über Zulassung der Delegierten mit großer Majorität en bloc angenommen.

Zürich, 7. August.

Die internationale Metallarbeiterkonferenz hat ihre Verhandlungen in zwei Sitzungen erledigt. Man war allgemein der Ueberzeugung, daß sollte eine internationale Verbindung Werth und Bestand haben, dafür vor allem starke, nationale Organisationen die notwendige Voraussetzung bilden müssen. Eine Kommission, die aus je einem Vertreter aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich, Schweiz und Amerika zusammen-gesetzt wurde, wurde schließlich beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, ob und unter welchen Bedingungen ein internationaler Metallarbeiterverband möglich sei; ob hierzu die Einberufung eines internationalen Metallarbeiterkongresses zweckmäßig erscheine und endlich in welcher Form die internationale Regelung der Streiks und Wanderunterstützung sich bewerkstelligen lasse. Sobald die Kommission ihre Resolution ausgearbeitet, soll sie in einer Schlussitzung der Konferenz zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden.

In einer Vorkonferenz der deutschen Delegierten am Sonntag Abend erstattete die Mandats-Prüfungskommission Bericht. Von den ihr unterbreiteten Mandaten beantragte sie 81 gültig zu erklären; die Mandate für Landauer und Werner-Berlin, Strahl-Eberfeld und ein aus Bernburg für Köerner-Greif eingelaufenes Mandat dagegen zu lasten, da hier die von der Brüsseler Vorkonferenz gestellten Zulassungsbedingungen nicht zutreffen. In unendlich langer Rede versuchte Landauer den Nachweis, daß diese Bedingungen ungültig seien und seine Zulassung auch unbedenklich zu erfolgen habe, weil er sowohl Sozialist sei als die Notwendigkeit der politischen Aktion anerkenne. In der mehrstündigen Diskussion wurden die Herren natürlich gezwungen, ihren anarchistischen Standpunkt einzugehen, und dann ihre Mandate lastet, nachdem die deutsche Delegation ausdrücklich die Beschlüsse der Vorkonferenz anerkannt hatte. Das Strahl'sche Mandat wurde lastet, weil sowohl Text als Unterschrift von der Person des Inhabers selber ausgefertigt war. Die von den Unabhängigen Zürichs gewählten Delegierten Cahan, Paulowitsch und Nonnemann bekannten sich als Anarchisten, verweigerten aber eine klare und unzweideutige Erklärung über ihre und ihrer Mandanten Stellung gegenüber der Zulassungsfrage, daher mußten auch ihre Mandate für ungültig erklärt werden. Die übrigen 81 bez. 80 Mandate wurden für gültig erklärt.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“.

Zürich, 8. August. Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress. In langer Nachmittagsdebatte wurde wieder über die Zulassung unabhängig-anarchistischer Delegierten verhandelt. Bei der schließlich erfolgten Abstimmung nach Nationalitäten stimmten achtzehn Nationen für Zurückweisung und zwei Nationen, Frankreich und Holland, für Zulassung der Unabhängigen und Anarchisten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. August.

Wie das Antislaverei-Komitee wirtschaftet, dafür bringt der konservative „Hamburger Korrespondent“ noch weitere Belege:

Berggrath Bussé hat sich sein Gehalt für die Dauer von drei Jahren aus den Mitteln des Komitee's garantiren lassen. Der „Hamb. Korr.“ schreibt: „Gehalt? Wird sich gewiß mancher Leser fragen. Bezieht denn Herr Berggrath Bussé für seine Thätigkeit als Vorsitzender der Ausführungskommission des Antislaverei-Komitee's Gehalt? Betrachtet er diese Stellung nicht als Ehrenamt im Dienste der kolonialen Sache? Weit gefehlt! Herr Berggrath Bussé bezieht jährlich 15 000 M., das macht auf drei Jahre 45 000 M.; ein erkleckliches Stümchen, von dem niemand behaupten wird, daß es die Thätigkeit des Herrn Berggrath Bussé nicht vollkaff belohne! ... Herr Berggrath Bussé hat Karren konstruirt, auf die die Dampfmaschinen für den Transport zum See geladen werden sollten. Diese Karren kosteten loco Bagamono 63 000 M.! Um nun zu erproben, ob diese Karren auch verwendbar seien, wurden sie von einer der Vorexpeditionen probeweise mitgeführt. Zwei Drittel brachen unterwegs zusammen und blieben liegen, ein Drittel fault jetzt am Victoriaufer.“ So wirtschaftet unsere erleuchtete Bourgeoisie im herrlichen Gegenwartsstaat. —

Die französische Wahlbewegung zeitigt eine Fülle von Skandalen. Die Panamisten und ihre Gegner werfen sich die schmächtigsten Beschuldigungen an den Kopf, die bürgerlichen Parteien waten in einem wahren Sumpf der Verberbniß, des Sumbuz, des Schwindels. Die Flucht des Arton wird von einem fortgejagten Beamten als ein Werk der Regierung, die ihn los sein wollte, geschildert. Clémenceau streitet sich mit den Boulangeristen, die ihn als Agenten Englands bezeichnen. Ein wahrer Hegen-sabbath! —

Als wir neulich mittheilten, daß Baillant in Paris und in Vierzou (Cher) kandidirte, hatten wir ein wunderbares Gelegenheitsgesetz übersehen, das die französische Republik sich 1889 in der Höhe des Boulanger-Schreckens gab: das Gesetz gegen die Fäufung der Mandate,

durch welches der Plan des „braven Generals“, sich in allen oder den meisten Wahlkreisen Frankreichs aufstellen zu lassen und so ein verkleidetes Plebiszit in Szene zu setzen, vereitelt werden sollte. Dieses Gesetz, das längst vergessen war, ist jetzt plötzlich seinen eigenen Urheber als Knüttel zwischen die Beine gefahren. Und da im Augenblick keine Nationalversammlung besteht, so kann es auch nicht abge schafft werden. Die Folge ist, daß niemand in mehr als einem Wahlkreise kandidieren darf, und daß alle Stimmen für einen Doppel- oder mehrfachen Kandidaten ungültig sind. Durch dieses Gesetz ist den Sozialisten für den Augenblick der Wahlkampf etwas erschwert worden. Auf die Dauer kann die Wirkung allerdings nur eine günstige sein, denn die Entwicklung tüchtiger, selbständig auftretender Persönlichkeiten wird gefördert, und den mancherlei Nachtheilen der Vielkandidaturen wird von vorn herein vorgebeugt.

Die französische Bourgeoisie reitet den Sozialisten gegenüber das patriotische Schlachttross, das stets — und überall — geritten wird, wenn die Sache schlecht ist und an den „Unverstand der Massen“ appelliert werden muß. Der Sozialismus — so wird in allen Tonarten abgeleiert — ist das Gegentheil der Freiheit. Er entstammt dem slavischen Deutschland, und will die Franzosen der herrlichen Errungenschaften ihrer großen Revolution berauben. Wir deutsche Sozialisten sind also nach der Auffassung der französischen Bourgeoisie deutsche Patrioten, die Frankreich durch den Sozialismus für den deutschen Absolutismus erobern wollen. Unsere deutschen Bourgeois, die uns vorwerfen, landesverrätlich das Deutsche Reich den Franzosen überliefern zu wollen, mögen sich mit ihren französischen Kollegen auseinandersetzen.

Die Wahlrechtsreform in Holland. Aus Amsterdam wird gemeldet: Die Debatten über die Aenderung des Wahlrechts schreiten langsam vorwärts, weil zahlreiche Besserungsanträge eingebracht wurden. Das vorgeschlagene Pluralvotum (monach ein Wähler mehrere Stimmen hat, wenn er gewisse Bedingungen erfüllt) hat wenig Aussicht auf Annahme.

Die Gubernatsvorlage macht Fortschritte. Eine Reihe konservativer Anträge wurde zu Falle gebracht.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten ist am 7. August zur Berathung der Silberfrage zusammengetreten.

Die Genossen im Ausland. Aus Australien ist an den Kameraden Liebknecht für die deutsche Sozialdemokratie folgende Zuschrift gerichtet worden, die der australische Kongreßdelegirte J. Scensa ihm in Zürich übergab.

Der Sozialdemokratische Bund Australiens (The Socialdemocratic Federation of Australia) beauftragt ihren Delegirten, Kameraden J. Scensa, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands die herzlichsten Glückwünsche zu den glänzenden Siegen, die sie bei der jüngsten allgemeinen Wahl errungen hat, zu überbringen.

Die Sozialisten Australiens erblicken in ihren deutschen Genossen die Vorhut und das Vordertreffen (advanced guard) der internationalen Armee der Arbeit, und sie erblicken in dem Lande, das der Welt einen Marx gab, das große Schlachtfeld der Sache der sozialen Gerechtigkeit.

Seid verdorren, deutsche Genossen, daß jeder Triumph, den Ihr davontreten werdet, bei Euren Gegenschülern (Antipoden) ein begeistertes Echo finden wird.

Mit der Versicherung unserer vollkommenen Solidarität
Brüderlich die Euren
im Auftrage des Central-Ausschusses:
Harry Webber, Sekretär.

Parteinachrichten.

Ein sozialdemokratischer Parteitag für Pommern wird am Sonntag, den 17. September, in Stettin, Allee-straße 3-4, bei Sader stattfinden.

Als provisorische Tagesordnung ist von der Agitationskommission festgesetzt: 1. Bericht der Agitationskommission und Rechnungslegung. 2. Die stattgehabten Reichstagswahlen. Ref.: Fritz Herbert Stettin. 3. Wie betreiben wir künftig Agitation? Ref.: Alwin Köster Berlin. 4. Anträge.

Alle Anfragen betreffs Mandate und sonstige Angelegenheiten wolle man an den Vorsitzenden C. Nathusius, Stettin, Kunditz, 3, richten.

Nichtliche Aufschauungen über die Aufgaben der Presse. Gelegentlich der Befähigung eines vorinstanzlichen Urtheilspruchs gegen den von einem Fabrikanten wegen Verleumdung verklagten Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ äußerte sich der Berufsrichter, „die Presse habe keine Berechtigung, sich in Privatangelegenheiten zu fassen, Privatangelegenheiten gehören vor den Amtsrichter und die Presse habe kein Recht, solche Angelegenheiten in die Öffentlichkeit zu bringen“.

In tiefer Resignation verfaßt das Blatt der Grubenbarone, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, bei einer Betrachtung über das Wachstum der Sozialdemokratie. Social läßt sich schon heute sagen, meint es, daß die optimistischen Hoffnungen, welche von vielen Seiten für den Zerfall der sozialdemokratischen Partei infolge der Aufhebung des Ausnahmestandes, den jenes Gesetz geschaffen hatte, gehegt wurden, nicht in Erfüllung gegangen sind. Die sozialdemokratische Partei hat bei den letzten Reichstagswahlen eine so bedeutende Stimmenzahl auf sich vereinigt, daß es wohl niemanden einfallen wird, zu behaupten, daß die eingeräumte gesetzliche Gleichberechtigung dem Wachstum der Partei irgendwie geschadet hätte. Wäre das Sozialistengesetz bestehen geblieben, so wäre das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl wahrscheinlich dem Betrage dieses Gesetzes von dessen Gegnern in die Schuhe geschoben worden. Heute können die früheren Gegner des Sozialistengesetzes höchstens behaupten, daß das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen noch größer gewesen sein würde, wenn der Ausnahmestand mit dem 1. Oktober 1890 nicht beseitigt worden wäre.

Ja, ja! Man mag drehen und drehen wie man wolle, die Sozialdemokratie wird mit und ohne Ausnahmestatsgesetze wachsen und gedeihen und schließlich den Krebs ausmachen mit all den schönen Dingen, die dem rheinischen Kapitalistenblatt so sehr ans Herz gewachsen.

Wahlrechtsbewegung und Polizei in Oesterreich. Die düstere Kapitel aus der Geschichte unserer Tage ergänzt die Wiener „Volksblätter“ durch folgende Mittheilungen: Die „Ordnung“, schreibt unser Parteiorgan, feiert Orgien. Die Brüner und Prager Polizeistände standen in der letzten Woche vor

Gericht. Wer hätte das gedacht? Die Polizeibeamten wurden gänzlich schuldlos erklärt — sie haben ja unter ihrem Amtseid ausgesagt, daß sie gänzlich unschuldig seien — und unsere Genossen fast vollständig verurtheilt. Die Rechnung der Jarce bildete die „Gnade“ des hohen Gerichtshofes von Prag, der wegen der wochenlangen Untersuchungshaft den Angeklagten die Strafe von 3 Tagen erließ. Diese lächerlich geringe Strafe nach so viel Lärm muß dem Dummthum über die „Schuldlosigkeit“ der Polizeikräfte von Brünn und Prag endlich die Augen aufreihen; denn warum ist das Militär und die Polizei mit Kolbenstöcken, Bajonetten und Revolvern gegen die Arbeiter vorgegangen? Unsere Brüner Genossen sind denn auch gewillt, den Kampf gegen die antideutschen Schächer des Staates aufzunehmen. Bei dreihundert Zeugen sind bereits gesammelt, die mit eigenen Augen gesehen haben, daß die Brüner Polizei der angreifende, der öffentlich gewalthätige Theil war. Die Brüner gesetzlichen Genossen beschuldigen nunmehr in ihrem Blatte die traglichen Polizeibeamten ganz öffentlich des Meineids, um sie zu einer Anklage gegen den Redakteur zu provozieren. Hoffentlich werden die Herren ihre Feigheit nicht durch den Vlautstich des Brüner Staatsanwaltes decken lassen, sondern anfragen. Ob aber dieser Prozeß die ganz widersprechlich gezeugene Autorität des Amteids endlich stürzen wird, müssen wir, da wir in einem Polizeistaate leben, der „Amteide“ nöthig hat wie einen Bissen Brot, ernstlich bezweifeln.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung eines Fabrikanten wurde der Parteigenosse K a u e in 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Wegen dies Urtheil soll Revision eingelegt werden.

— Der Verleger der „Volksmacht“ in Breslau, Schüh, wurde wegen Verleumdung des Staatsministers v. Pultkamer zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt; er soll in einer Versammlungsbrede geduldet haben, Minister v. Pultkamer habe seiner Zeit durch Polizeispiegel das Attentat auf dem Niederwald veranlaßt.

Lokales.

Dem Markensystem und den Schaufbetrieben der Maurerpoliere auf Vauten widmet der „Bauhändler“ in seiner letzten Nummer vom 6. August einen längeren Artikel anknüpfend an den Fall Berg, „Die Spedagellen“. Es ist merkwürdig, schreibt der „Bauhändler“, daß den Polizeibeamten, die doch auf den Vauten erscheinen, noch niemals dieser flüchtende Schandbetrieb der Poliere aufgefallen ist, da sie doch sonst recht scharfe Augen haben. Der leitende Polier des städtischen Baues auf dem Mählendamm verkauft genau so wie Herr Berg an seine auf dem Bau arbeitenden Leute Bier, Soldat und Restaurationen außerhalb des Baues zu holen, ist dem Einzelnen verboten. Es wird angenommen, daß sämtliche städtische Baubeamten Kenntnis von diesem Schandbetriebe ohne Konzeption haben. Das berüchtigte Markensystem, das von den Berliner Maurern und wohl auch allen übrigen Arbeitern schon seit Jahren heftig bekämpft wird, steht jetzt wieder und sogar auf städtischen Bauteilen in vollster Blüthe. Es ist zwar gesetzlich verboten, aber keine Behörde kontrollirt daraufhin die Bauteile oder die Baurestaurationen. Die Arbeiter dürfen selbstverständlich nicht mühen, sonst liegen sie hinaus. Der Gesetzesparagraf steht also nur auf dem Papier. Viele Berliner Maurerpoliere verfolgen nur das eine Interesse, möglichst schnell und recht viel Geld zu verdienen, wie ihre Kollegen K e i n e r t und B e r g, und dazu ist ihnen das schmutzigste Mittel recht. Solch dicker denkende Kollegen sind sie schon längst nicht mehr, sondern nur wüthige Geschöpfe und Sklavenanreißer ihrer Arbeitgeber. Die frech die Maurerpoliere die Ausbeutung ihrer Arbeiter durch das Markensystem betreiben, zeigt folgender Fall:

In der Hufstienstraße baut ein gewisser Bauunternehmer Schmelz. Dieser war früher Kompagnon und guter Freund des bekannten Bauunternehmers Niez. Auf diesem Bau in der Hufstienstraße wurden die Maurer und Arbeiter vom Polier Ernst Dümke gezwungen, bei einem ihnen vom Polier zugewiesenen Budiker zu verkehren. Selbstverständlich gab es auch Marken. Als sich nun vor kurzer Zeit einige Kollegen erlaubten, von einem anderen Budiker Schnaps holen zu lassen (nebenbei sei bemerkt, der Baubudiker hatte keine Schnapskonzession, verkaufte aber trotz alledem seinen Schnaps, und was für eine Sorte? ! Hu!), wurden sie sofort entlassen. Die übrigen Kollegen des Baues erklärten sich mit den sechs entlassenen solidarisch und legten bis auf zwei Mann die Arbeit nieder. Selbstverständlich wurde vom Herrn Polier sofort polizeiliche Hilfe gebolt, und im Beisein eines Schutzmannes der Lohn ausgezahlt, wobei der Polier sagte: „Ich ziehe Euch von Eurem Lohne die Marken gleich ab, wer das nicht will, bekommt gar nichts!“ Und der Schutzmann? Ja, der stand wohl dabei, aber er hat jedenfalls nichts gehört, denn er mußte ja auf Wunsch des Poliers für Ruhe und Ordnung sorgen.

So wird der § 115 der Gewerbe-Ordnung respektirt. Zu der ihm eingesandten Mittheilung bemerkt „Der Bauhändler“ dann treffend:

Das Markensystem wäre sofort beseitigt, wenn nur einige wenige Maurer die Sache mit Ernst in die Hand nehmen. Die §§ 115, 116, 117 und 118 der Reichs-Gewerbe-Ordnung geben dazu den Weg. Man nehme das Geld, gehe nach dem Gewerbegericht und klage das für Marken abgezogene Geld ein. Der Polier oder vielmehr der beteiligte Bau-Unternehmer oder Maurermeister müssen dann zahlen ohne Murken, entweder an den geschädigten Bestellen oder Arbeiter oder mindestens an eine Kasse. Wenn dieses nur einige Male durchgeführt würde, würden die Marken schleunigst verschwinden. Geld, das der Polier abgezogen hat, gilt als nicht gezahlt, und selbst die Zustimmung zum Abzuge ist nach § 117 nichtig. Warum immer von der Polizei verlangen, was man sehr leicht selbst leisten kann. Was versteht übrigens ein Schutzmann von der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Das ist doch zuviel verlangt, wenn man ihm deshalb Vorwürfe macht, daß er nicht eingeschritten ist.

Wären doch sofort eine Reihe von Maurern solche ihnen abgezogenen Beträge nachträglich einklagen. Gel, wie würden die Marken-Poliere schreien!

Die durch Herrn P i n k e r n e l l vorgeleitete Versammlung sollte über nachstehende Petition Beschluß fassen:

Die am 7. August 1893 in Keller's Festhölle zu Berlin tagende öffentliche Versammlung sämtlicher Handwerksmeister und selbständigen Gewerbetreibenden Berlins und Umgegend nimmt Stellung gegen die §§ 30 und 29 des Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesetzes vom 22. Juni 1889 und beauftragt den Vorstand des Vereins Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion, eine Massen-Petition einzuleiten und innerhalb 4 Wochen nach dem heutigen Tage in nachstehendem Sinne an den hohen Reichstag gelangen zu lassen. Die Petenten empfinden den § 30 des Gesetzes als eine große Härte gegen diejenigen Arbeitgeber, welche ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Geirathet eine Arbeiterin, bevor sie 5 Jahre hindurch ihre Beiträge gezahlt hat, so erhält sie nicht davon zurück. Geirathet sie, nachdem sie 5 Jahre oder länger ihre Beiträge gezahlt hat, so erhält sie die Hälfte aller eingezahlten Beiträge zurück. In beiden Fällen erhält aber der Arbeitgeber nichts heraus. Im ersteren Falle sind die Beiträge der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmerin vollständig verloren. Um nun die unter den heutigen ungünstigen Verhältnissen schon schwer genug um ihre Existenz kämpfenden kleinen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden nicht unerträglich zu beladen, bitten die Unterzeichneten, den § 30 in dem Sinne umzuändern, daß die weiblichen Arbeitskräfte erst von 30. Lebensjahre an der Versicherungsspflicht unterliegen. Erfahrungsgemäß geben nur wenige Arbeiterinnen nach dem 30. Lebensjahre noch eine Ehe ein, demnach würde

allen Versicherten durch obige Umänderung des § 30 die Wohlthat des Gesetzes zu theil werden, ohne daß die Arbeitgeber so hart belastet werden, wie dies jetzt der Fall ist. Gleichzeitig bitten die Unterzeichneten um Abänderung des § 29, Abs. 2, in dem Sinne, daß der Bezug der Altersrente in Zukunft bereits mit dem vollendeten 60. Lebensjahre beginne, nicht aber, wie das Gesetz es jetzt vorschreibt, erst mit dem Beginne des 71. Lebensjahres. Die unterzeichneten Bürger geben sich der Hoffnung hin, daß der hohe Reichstag dieses Bittgesuch geneigter Prüfung und Berücksichtigung unterziehen werde.

Von einem seltsamen Mißgeschick, so berichtet die „Staatsbürgerzeitung“, wurde die Versammlung „sämtlicher Handwerker und selbständigen Gewerbetreibenden Berlins und Umgegend“ betroffen, welche für Montag Abend 8 1/2 Uhr nach Keller's Festhölle einberufen war. Die Versammlung erweiterte sich eines recht zahlreichen Besuches, konnte aber nicht eröffnet werden, weil der Schriftführer P i n k e r n e l l mit der Bescheinigung über die rechtmäßig erfolgte Anmeldung und über die polizeilicherseits erteilte Erlaubniß nicht erschien. Wie es hieß, hat er dieselbe seit sechs Tagen in der Tasche gehabt und sie als vorläufiger Mann nicht aus den Händen gegeben, damit sie ja nicht verloren gehe. Am entscheidenden Abend hat Herr P i n k e r n e l l jedoch vergessen, daß jetzt die von ihm gemeldete Versammlung stattfinden soll, er sitzt ruhig zu Hause und arbeitet. Inzwischen füllte sich bei Keller's der Saal, die Zeit der Eröffnung rückt heran, es ist 8 1/2 Uhr, aber Herr P i n k e r n e l l ist noch nicht da. Es schlägt 9 1/4 und schließlich 9 Uhr, aber Herr P i n k e r n e l l will immer noch nicht erscheinen. Die Versammlung wird ungeduldig, die Herren am Vorstandstische schauen ängstlich und unruhig nach der Eingangstür, durch die Herr P i n k e r n e l l mit der Anmeldung erscheinen soll. Herr P i n k e r n e l l kommt aber nicht. Die Herren vom Komitee laufen umher und wünschen sich den Angstschweiß von der Stirn, aber alles das nützt nichts. Endlich kommt man auf einen glücklichen Gedanken, man eilt fort in einer Prima-Droschke einen Boten zu Herrn P i n k e r n e l l. Dieser hat sich inzwischen auf die bei Keller einberufene Versammlung besonnen, Toilette gemacht und den Rock angezogen, in welchem die polizeiliche Bescheinigung steckt, so daß er sofort mit dem Boten in die Droschke springen und zu Keller fahren kann. Da aber Herr P i n k e r n e l l in der Nähe des Viehhofes wohnt und die Zeit flüchtig ist, so kann die Droschke nicht in 20 Minuten zurück sein. Es wird 9 1/2 Uhr, die Stunde der Eröffnung, innerhalb welcher die einberufene Versammlung eröffnet sein muß, ist verstrichen und damit nach dem Vereinsgesetze die erteilte Genehmigung erloschen. Es bleibt sonach dem Vorsitzenden, Herrn Z e t t s c h l a g, nichts weiter übrig, als dies der Versammlung mitzutheilen, um Entschuldigung zu bitten und anzukündigen, daß eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung in acht bis vierzehn Tagen stattfinden werde. Kaum war dies geschehen, so erschien Herr P i n k e r n e l l, das Schriftstück in der hochgestreckten Hand haltend, eilte er zum Vorstandstisch; es nützte aber nichts, der anwesende Polizeileutnant durfte die Eröffnung der Versammlung auf Grund einer verfallenen Polizeierlaubnis nicht mehr gestatten, die Geschienenen mußten auseinandergehen.

Verstümmelt wurde am Montag Nachmittag bei Ausschachtungsarbeiten der Nordbahn vor dem Hause Badstr. 1 der 26 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Fabian, der Fehrländnerstr. 31 wohnte. Ueber den immerhin entsetzlichen Vorgang berichtet man und: Am 2 1/2 Uhr wollte sich Fabian in eine tief ausgeworfene Stelle begeben, wo zum Abfahren des Erdreichs Wagen hielten. Um sich einen Umweg zu ersparen, sprang Fabian oben vom Rand aus hinab. Alsbald löste sich ein Theil der Seitenwand, von der er herabgesprungen war, und stürzte ihm nach. Durch die Gewalt der Erdmassen wurde der Unglückliche gegen einen Wagen geworfen, so daß sein Schädel zertrümmert wurde. Als andere Arbeiter den Boden mit Schaufeln hinweggeräumt hatten, fanden sie Fabian als Leiche vor. Der Tod muß augenblicklich eingetreten sein.

Nach vom Tode ereilt wurde Montag Nachmittag gegen 1/4 Uhr in der Rosenthalerstraße eine Frau, deren Personalien bis jetzt noch nicht ermittelt worden sind. Die Betreffende hatte in dem in dieser Straße belegenen Zubach'schen Baarenlager Einkäufe gemacht und verließ das Geschäft, weil sie sich unwohl fühlte. In dem Augenblick, als die Kundin die Straße betrat, brach sie leblos zusammen; ein Herzschlag hatte den Tod der etwa 45-jährigen, dunkel gekleideten Frau, die dem Handwerkerstande anzugehören scheint, plötzlich ein Ende gemacht. Auf Anordnung der Polizei wurde die Leiche alsbald nach der Morgue geschafft.

Bei dem heute (Dienstag) stattgefundenen Pferde-markt zu Charlottenburg wurde der daselbst den Dienst versetzende Schutzmann von dem Pferde des Handelsmannes Böhm, Neu-Weißensee, Schönr. 75, so geschlagen, daß ihm das linke Auge herausging und der darunter liegende Knochen bloßgelegt wurde. Der Schutzmann warnte eben die Umherstehenden vor dem als Schläger bekannten Pferde, als ihm das Unglück passirte. Er wurde per Droschke nach dem dorigen Krankenhaus überführt.

Zu der Schlägerei zwischen Polizeileutnant und Zivilisten wird uns mitgetheilt, daß seitens der Behörde gegen einen der vier beteiligten Zivilpersonen, sowie gegen zwei Herren, die sich später durch Redensarten an dem Streit beteiligt haben, Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, groben Unfuges, nachtheilig ruhethätigen Lümmens und Sachbeschädigung eingeleitet ist. Dagegen hat der durch Selbsttheilung schwer verletzte Kaufmann Kay bei der Staatsanwaltschaft wider die beiden Polizei-Offiziere Anzeige wegen Körperverletzung erstattet und mit Durchführung dieser Klage den Rechtsanwalt Sello betraut; außerdem aber klagt K. wegen Verleumdung und Sachbeschädigung. Zu den wahrscheinlich von den betreffenden Polizei-Offizieren stammenden Auslassungen einer hiesigen Korrespondenz können wir nur bemerken, daß wir einen durchaus objektiven Bericht gegeben haben. Der als Zeuge angegebene „Gärtner Hohensee“ existirt überhaupt nicht, viel mehr ist dies ein Kellerer Hohensee, der erst im letzten Augenblick der Schlägerei hinzukam und den Louis Kay festhielt, worauf dann der Polizei-Offizier dem so wehrlos Gemachten die Diebe mit der blanken Waffe hinterrücks verhaftet haben soll. Da die inspirirten Auslassungen der oben erwähnten Korrespondenz in vielen Details nachweislich unrichtig, so verweisen wir auf die bevorstehende Gerichtsverhandlung, die möglichst beschleunigt werden wird. Für die Zivilisten sind nichts weniger als 14 Zeugen eingetreten, zu denen auch Gerichtsbeamte gehören.

Marktpreise in Berlin am 7. August, nach Ermittlungen des königlichen Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,50—16,20 M., mittlerer von 16,10—15,80 M., geringer von 15,70—15,40 M., Roggen per 100 Kg. guter von 14,90 bis 14,30 M., mittlerer von 14,20—13,90 M., geringerer von 13,80 bis 13,50 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M., Hafer per 100 Kg. guter von 18,00—18,00 M., mittlerer von 17,90—17,40 M., geringer von 17,30 bis 16,90 M. Strach, Richt, per 100 Kilogramm von — M. Gerb, gelbe zum Roden per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Pinen per 100 Kg. von 30,00 bis 28,00 M. Kartoffeln, neue per 100 Kg. von 14,00—7,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,90—1,20 M. Schaffleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M.

Devesäen:

(Deveschen des Bureau Herold.)

Mons, 8. August. Auf der Pariser Konferenz haben die belgischen Kohlenarbeiter sich verpflichtet, selbst eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu fordern, auch die Ausfuhr belgischer Kohlen nach England zu verhindern.

London, 8. August. Die Aussicht auf gütliche Beilegung des Kohlenarbeiter-Streiks werden immer ungünstiger. Die Grubenbesitzer sind erbittert über das Vorgehen des Arbeiterausschusses und weigern sich, in Verhandlungen mit demselben einzutreten.

Briefkasten der Redaktion.

Brüderlichkeit. Frauen dürfen den Versammlungen politischer Vereine nicht beiwohnen.

W. 117. 1. Sie können auch jetzt noch auf Alimente klagen; auf die rückständigen freilich nur so weit, als sie noch nicht verjährt sind. 2. Sie können sich weigern, ohne Verlust Ihrer Ansprüche, die Ehe mit dem Schwängerer einzugehen, wenn derselbe sich einer Handlung schuldig gemacht hat, welche eine Ehescheidung begründen würde. Nun, der Betreffende wird wahrscheinlich nicht die ganze Zeit hindurch, das Ihr Verhältnis gelöst ist, als leuscher Josef gelebt haben. Einen Zwang zur Eheschließung giebt es nicht.

F. G., Ebing. Die Besinde-Ordnung vom Jahre 1810 besteht noch heute. Ihre Tochter muß die Vertragszeit abwarten, wenn der Dienstherr nicht freiwillig sie entläßt. Da dieses sein freies Belieben ist, hat er zu entscheiden, was ein ihm passender Ersatz ist.

Zwei Weiteude. Die Reichsschuld beträgt etwa zwei Billionen Mark.

S. D., Gr. Frankfurterstr. Wessen Pflicht es ist, wenn ein Liebespaar mit einander schmolzt, nachzugeben? fragen Sie und fügen noch eine zweite Frage hinzu: Ob es ein den

Bartruch wirklich förderndes Mittel giebt? Da Sie noch sehr jung zu sein scheinen, gebalben Sie sich mit dem Bartruch, bis er von selbst kommt, dann werden Sie die erste Frage sich auch selbst zu beantworten wissen.

M. G. Wenn bei Ihnen nicht die allgemeinen von der Zeugnispflicht entbindenden Gründe vorliegen, können Sie zum eidlichen Zeugnis gezwungen werden, eventuell Ihnen wegen Zeugnishaftung Geldstrafe bis zu 300 M. und Gefängnis bis zu 6 Monaten auferlegt werden.

Reinh. Wd. Der Vers heißt in der Uebersetzung: Ohne Geist und sonstigen Reiz, ohne schön oder neu zu sein, kann man in Frankreich den Höchsten (den König) zum Liebhaber haben, wie das Beispiel der Pompadour zeigt.

Vergmann S. 97. Den Namen Meister können Sie sich beilegen; nur der unbedingte Gebrauch der Bezeichnung als Innungsmeister ist strafbar.

G., Antwerpen. 1. Da die Stedbriefe von Zeit zu Zeit erneuert werden, kann nicht leicht eine Verjährung eintreten. 2. Vermögenskonfiskation findet nicht statt.

Väterstrafe. 1. Ein derartiges Testament ist nicht gültig. 2. Sie schreiben einfach an das Amtsgericht, daß Ihnen ein Richter zur Testamentaufnahme in Ihre Wohnung gesendet werden möge.

M., Restaurateur. Da müssen Sie schon persönlich sich Rathsholen. Das läßt sich nicht schriftlich auseinandersetzen.

R. W. 1. Warten Sie ab, ob Sie verklagt werden. 2. Wegen Nichtzahlung von Schulden kommt man nicht ins Arbeitshaus. Sonst müßte dasselbe von lauter vornehmen Herren so vollgepfropft sein, daß für den einfachen Bürger und Arbeiter kein Platz darin wäre.

C. M., Dalldorf. Der Standesbeamte hat das Kind nach Ihrer Angabe einzutragen; gehören Sie keiner Religionsgemeinschaft an, so hat er dieses auch bei der Geburtsanzeige Ihrer Kinder zu verzeichnen.

Frau Rohrlack wird gebeten, sich behufs Entgegennahme einer Mittheilung in unserer Expedition einzufinden.

Druckfehler-Berichtigung. In Nr. 182 des „Vorwärts“ muß es im Feuilleton auf der zweiten Seite, dritte Spalte, Zeile 13 von oben statt „Reisegeld“ *R e u g e l d* heißen.

Kellnerinnen sofort zu entlassen, widrigenfalls man ein anderes Vereinslokal wählen werde. Der Wirth willigte in dieses Verlangen, um die Kundtschaft des Vereins nicht zu verlieren. Das Verbrechen der Kellnerin bestand darin, daß sie, wie der rührige Vereinsvorstand ermittelt hat, bereits zu verschiedenen Malen in sozialdemokratischen Versammlungen bedient hat!

Dreihundzwanzig Menschen ertranken. Aus London wird unterm 8. August gemeldet: Bei einem Ausfluge auf das Meer, welchen 28 junge Leute aus Wales unternahmen, ohne auf die Warnungen der Matrosen zu achten, ertranken drei- und zwanzig derselben.

Einen Beweis, welch' gesunden Einfluß der Wald besitzt, bieten die Beobachtungen, welche man über die Festung Germersheim sammeln konnte. Hier wüthete früher das Wechselfieber so arg, daß von einer Befahung von gegen 6000 Mann im Jahre 1859 volle 59 pCt. erkrankten und die Sterblichkeit während der Jahre 1864—1863 durchschnittlich 35 pCt. betrug. Seitdem man aber angefangen hat, die Festung mit einem künstlichen Wald zu umgeben, indem man Wälder, Glacis und gedeckete Gänge dicht mit Bäumen bepflanzte, haben sich jetzt die Verhältnisse so bedeutend gebessert, daß die Sterblichkeit sich nur noch auf 1 pCt. beläuft.

Schwabenstreife. Auf der Bahnlinie Nellingen-Urach besteht für die Haltestelle Göttersheim die Verordnung, daß der Zug nur halten dürfe, wenn sich fünf Personen während der Fahrt zum Aussteigen beim Zugmeister anmelden. Nun wollten vor einigen Tagen drei Personen an genannter Haltestelle aussteigen; alle Bitten halfen jedoch nichts. Da kamen die Drei auf einen rettenden Gedanken. Sie kauften sich miteinander noch ein viertes Billet und ein fünfter Passagier zum Aussteigen erbotet sich endlich von selbst. Also hält der Zug. Die Drei mit ihrem vierten Billet steigen aus, der Vierte auch; aber ehe der Zug zur Weiterfahrt pfeift, steigt er lächelnd wieder ein, um ruhig nach Urach zu fahren. Dem Buchstaben der Verordnung war Genüge geleistet.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Deuth-Str. 2.

Zur Frage der Volksgesetzgebung, die auf dem bevorstehenden internationalen Arbeiterkongress in Zürich zur Diskussion steht, empfehlen wir den Parteigenossen folgende neu erschienene Schriften:

Der Parlamentarismus die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie

von
Karl Kautsky.

Inhalts-Verzeichniß: Vorwort. — 1. Einleitung. — 2. Die direkte Gesetzgebung in der Vorzeit. — 3. Die direkte Gesetzgebung in der Zivilisation. — 4. Die städtische Demokratie im Alterthum. — 5. Das Repräsentativsystem. — 6. Monarchischer und parlamentarischer Absolutismus. — 7. Die moderne Demokratie. — 8. Der Rittinghausensche Vorschlag. — 9. Die Abfassung der Gesetze. — 10. Die Durchführung der Gesetze. — 11. Rechtssprechung und Presse. — 12. Der Parlamentarismus und die Parteien in England. — 13. Der Parlamentarismus und die arbeitenden Klassen. — 14. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk und der Klassenkampf.
VIII und 140 Seiten. Elegante broschirt Preis 75 Pfg.
(Verlag von J. F. W. Dietz in Stuttgart.)

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Fünfte Auflage. **Moritz Rittinghausen.** Fünfte Auflage.
(Früher erschienen als Sozialdemokratische Abhandlungen 1.—5. Heft. 1868/72.)
XX und 216 Seiten. Elegante broschirt Preis 50 Pfg.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Bei Aufträgen von Kupferhalt eruchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Dr. Thompson's Seifenpulver ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt.

Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ u. angeboten werden. 328M*

Landwolle

garantirt nicht einlaufend, sehr empfehlendwerth gegen Schweißfüße
Schon 25 Pf. Kleinverkauf für Berlin **Richard Stock, Wrangelstr. 119.**

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am liebsten Platz wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Nohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

X- u. O-Beine!
Auf vielfachen Wunsch dehne ich meinen hiesigen Aufenthalt bis zum 14. d. M. aus und bin täglich von 10 bis 2 und 4 bis 6 Uhr anzutreffen:
NW., Dorotheenstr. 93, I. Stock vorne.
Heinrich Bayer,
Egalisator-Fabrikant aus Reinfeld in Holstein. 64/3

Konkursmassen- Ausverkauf.

Vom heutigen Tage ab, des Nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr, sollen die Bestände des Schulheischen Hutgeschäfts in Berlin, Kottbuser Damm Nr. 103, einzeln zu Tagespreisen ausverkauft werden. 4670L

Bürkner, Rechtsanwält als Konkursverwalter.

Im Anschluß an die Sonderzüge Berlin-Stettin (hin und zurück 3 M.) fährt jeden Sonntag Dampfer „Poellitz“ von Stettin nach **Swinemünde** für 1,50 M.; also ganze Fahrt 4,50 M. — Dampfer-Billets bei **M. Thiele, Oranienstr. 177, 4585L***

Kinderwagen
Größtes Lager im Norden Berlins. Theilzahlung gestattet.
A. W. Schulz, Brunnenstraße 145, Ecke Rheinsbergerstraße. Musterbücher gratis und franco.
Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23, 5 p**

Neues Club-Haus 72. Kommandantenstr. 72.

Empfehle meine **4 Säle** den p. v. Vereinen u. Gesellschaften zu Festlichkeiten, Comersens, Versammlungen etc. 1244b

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle

(560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 788b

Schmiedel's Festsäle, Alte Jakobstrasse 32,

empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. **Wwe. E. Schmiedel.**
Achtung! Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich mein **Weiß- und Bairisch-Bierlokal** von der Schmidtstr. 31 nach **Chamisso-Platz 5** verlegt habe. 1233b*
Achtungsvoll. **M. Märten.**

Unterzeichneter erklärt hierdurch, daß der Zigarrenhändler Herr **Glas** nicht von Herrn **Kopp** ausgemietet, sondern ich ersteren gekündigt, und später an Herrn **Kopp** vermietet habe.
August Pohland, 1843b
Eigentümer.

B. Niefert's Festsäle, Weberstr. 17,

empfehle ich zur bevorz. Saison den Vereinen zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Saal gratis u. sonstige toulante Bedingungen. 34418*

Empfehle den Genossen und Vereinen meine großartige Saal-Decorations,

bestehend in Fahnen, Bannern, großer Marx- und Vassalle-Büste von 5 M. an, sowie Aufstellung lebender Bilder.
Otto Arendt,
Friedrichsbergerstraße 17, 3 Treppen.

Polirlappen

en gros en detail
officirt in größter Auswahl à Pfund 50 Pf. die erste und größte deutsche Spezial-Handlung von 988b
C. Kietzke, Lübbenerstr. 5.

Rechtsbureau

des königlichen Amtsraths a. D. **Alte Jakobstr. 130.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 673b

Gardinen-Reste

zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst, in der **Fabrik Grüner Weg 80** par. Eingang vom Flur. 4543L*

Steppdecken

echt Wollatze (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere dunkelfarbige **Normal-Schlafdecken** mit kleinen Maschinensflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 8783L*
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstraße 158.

Praktischer Zahnarzt Neue Rosasstrasse 3. Schmerzlos: Zahnziehen, Füllen, Zahn-erschaf, Theilzahlung, Poliklinik umsonst.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Morichplatz.
pr. Zahn-Arzt. Spr. 8—6. Sonnt. 9—1. Theilzahlung gestattet.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) 1,50 Mk.

Kleine Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren** **C. Wunsch, u. d. Oranienplatz**

Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schuhmarke.

Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Kippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 3561L
S. F. Pinski, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Jede Art Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet. Postaufträge werden entgegengenommen. 1243b*
Frau Vogeler, Doppelnerstr. 13.

* Kinderwagen, gebr., Kottbuserstr. 13.

Naether & Krausse Inflamerstr. 44 an der Brunnen-Strasse. Billigste Bezugsquelle für

Uhren.

Reparaturen gut und billig.
1 Bandsäge, ganz Eisen, 23" Rad für Dampf, wie neu, 1 Fraise mit Köpfen zu verkaufen. Prinzessinnenstraße 5, part. 4069M

Schöne Wohnung

2 Stb., Küche, Korr., Kell., Bod. für 386 M. v. Miether z. verm. bei Walter, Gräffstr. 69/70, Quergeb. 2 Tr. 1346b

Schöne Wohnungen

mit Wasserleitung und Kofet, 1 und 2 Stuben und Küche, 50 bis 70 Thaler, zu verm. 1986b*
Nixdorf, Prinz-Jamjersstr. 50.

Für 1 od. 2 Herr. möbl. Schlafst. b. Tauchmann, Oberbergerstr. 39, v. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Arb. a. Plüschpantoffel verl. Reibelstr. 40, Quergeb. 1 Tr. r. 1839b
Einseifer verlangt sofort **Theodor Simon u. Ko.,** Neue Königstr. 39. 46692*

Stellenge such.

Ein langjähriger Parteigenosse, früherer Buchdrucker, sucht Stellung als **Zeitungs-Expeditent.** Offerten an die Expedition unter **Oh.**
Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 1053b

Soziale Ueberlicht.

Achtung, Vergolder und Berufsgenossen!

Am Donnerstag, den 10. August, findet in der Rosenfelderstraße 88 eine öffentliche Vergolder-Versammlung statt, in welcher dringende Angelegenheiten besprochen werden. Es ist Pflicht aller Kollegen und Berufsgenossen recht zahlreich zu erscheinen. Wäge ein jeder daran denken, wie die Verbesserung unserer Lage nötig ist. Laßt alle Zwistigkeiten bei Seite, heißt alle an der Verbesserung unserer heutigen, traurigen Zustände. Erscheint alle Mann für Mann, denn nur in Euren Händen liegt es, ob ihr ferner gewillt seid, trotz aller fleißigen Arbeit zu hungern und zu darben.

Die Agitationskommission
J. H. D. Jache.

Achtung, Mechaniker! Da noch immer ein großer Teil Euren und Marxen vom Streik bei der Firma Gross u. Graf ausbleiben, so fordere ich hierdurch die Inhaber von Material auf, schleunigst abzurechnen, da in der am 18. August stattfindenden öffentlichen Mechaniker-Versammlung Bericht über die eingelaufenen Gelder erstattet werden soll; es kann dies täglich Abends bei Schöneemann, Skalitzerstr. 7, sowie in der Wohnung des Unterzeichneten geschehen.

Der Vertrauensmann
der Mechaniker Berlins und Umgegend,
H. Ziegler, Waldstraße 36, III.

Metallarbeiter, Kollegen! Wie Ihr wohl wissen werdet, befinden sich sämtliche Kollegen der Firma Willing und Violet im Streik. Unsere Pflicht ist es, unsere Kollegen moralisch und materiell zur Seite zu stehen. Um dieses zu erreichen, muß es Pflicht eines jeden sein, für den Vertrieb der öffentlichen Unterhaltungsarbeiten der Metallarbeiter, so viel es in seinen Kräften steht, Sorge zu tragen, damit die streikenden Kollegen nicht wegen Nahrungsfragen gezwungen sind, zu Kreuze zu ziehen. Denn ihr Sieg ist auch unser Sieg.

Deshalb auf Kollegen, Sorge jeder, daß in seiner Werkstätte die Unterhaltungsarbeiten vorhanden sind, wo nicht, bezieht dieselben sofort durch Unterzeichneten und zwar Mittags zwischen 12-1/2 Uhr und Abends von 7-1/2-9 1/2 Uhr.

Gleichzeitig ersuche die Kongresslisten für unseren Delegierten in Zürich von heute ab bei mir in Empfang zu nehmen.

Der Vertrauensmann des Südens,
Richard Wegner,
Dramenstraße 25a, vorn 3 Tr. rechts.

Achtung, Metallarbeiter! Entgegen den in Umlauf gebracht Gerüchten: „Der Streik bei der Firma Willing u. Violet (Bourset u. Weiler) sei durch Neubefugung der Plätze illusorisch geworden“, theilen wir allen Kollegen hierdurch mit, daß dies keineswegs der Fall ist. Bis heute ist es der Firma nicht gelungen, auch nur einen einzigen Schraubendreher heranzubringen. Dieselbe beschäftigt gegenwärtig 20-25 Hilfsarbeiter unter Leitung eines neuzugeworbenen Werksführers (angeblich Wiener), ohne jedoch bis jetzt ein auch nur einigermaßen nennenswerthes Resultat erzielt zu haben. Von den 71 in den Ausstand getretenen Kollegen sind 12 anderweit in Arbeit getreten, so daß zur Zeit noch 59 mit nahezu 70 Kindern zu unterstützen sind. Wir bitten daher, alle gegenseitigen Gerüchte so lange von der Hand zu weisen, als nicht unsererseits der Streik als beendet erklärt ist.

Der Vorstand des Verbandes
aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Achtung! Buchbinder, Zugschleifer, Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Streik bei der Firma Kaufmann in Brandenburg dauert unverändert fort. Die Fabrik ist als gesperrt zu betrachten und Zutritt strengstens zu vermeiden. Es wird von der Firma versucht, auch in Berlin, Schiffbauerdamm 84, Streikbrecher anzuwerben, die sich bei hoher Konventionalsstrafe zum Antritt der Arbeit verpflichten müssen. Wie jetzt hat sich kein Streikbrecher gefunden, da sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen zurücktraten, sobald sie die Gründe erfuhrten. Am Donnerstag, den 10. d. M., findet in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp) eine große Versammlung in dieser Angelegenheit statt.

Der Vertrauensmann.

An alle Glaschleifer Berlins!

Kollegen! Wie Ihr alle wissen werdet, befinden sich die Hamburger Kollegen seit 14 Tagen im Ausstand und es ist bis jetzt noch immer zu keinem entgeltlichen Resultat gekommen. Kollegen! Da die Lebensverhältnisse in Hamburg sehr thener sind und wir den lebhaften Wunsch hegen, daß die Hamburger Kollegen in ihrem gerechten Kampfe siegen, so ersuchen wir alle Kollegen, den Streik so viel als möglich materiell zu unterstützen. Kollegen! Ein siegreiches zu Ende führen des Kampfes bedeutet auch für uns einen Sieg. Alle Geldsendungen und Briefe sind zu richten an: Herrn Peterfall, Glaschleifer, Dramenstraße 21.

Textilarbeiter, Achtung! Infolge Ankündigung einer Lohnreduktion von 25 pSt. sind die Arbeiterinnen der Schöpferischen Fabrik in Jenkendorf in einen Ausstand eingetreten, wodurch ca. 300 männliche Arbeiter gezwungen sind, mit aufzuhören. Zutritt ist streng fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Die Frage der vis major, von welcher gegenwärtig anlässlich des russisch-deutschen Volkskrieges die Rede ist, hat auch für die Arbeiter eine gewisse Bedeutung. Unter vis major, zu deutsch: höhere Gewalt, versteht man das Eintreten nicht voraussehender und unabwendbarer Ereignisse, welche die Erfüllung einer Verpflichtung unmöglich machen. Es ist nun vielfach erörtert worden, ob nicht die neuen Zollserhöbungen, die von Rußland gegen Deutschland und umgekehrt eingeführt sind, als vis major anzusehen seien, welche die Handelsstreitigkeiten von den vor den Zollserhöbungen eingegangenen Verpflichtungen entbinden. Gegenwärtig scheint diese Frage allgemein verneint zu werden; die Zollserhöbungen haben die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen nicht unmöglich gemacht, sondern nur mit höheren Kosten verknüpft. Die vor den Zollserhöbungen eingegangenen Verpflichtungen müssen also trotz jener erfüllt werden. Die Presse und die Geschäftswelt, die so einig darüber ist, daß hier keine vis major vorliegt, verbielt sich freilich zum großen Theile anders, wenn es sich um Erschwerungen der Vertragserfüllung handelt, welche durch einen Streik der Arbeiter herbeigeführt waren. Da solts durch die Fabrikant, der die von den Arbeitern gestellten Bedingungen nicht erfüllen konnte, sich auf die vis major berufen können, und einige Richter traten dem auch bei. Die Behörden aber, staatliche sowie städtische, waren von vornherein bereit, den Fabrikanten von den übernommenen Verpflichtungen, oft zum Nachtheile des Gemeinwessens, zu befreien. In den Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern legten meistens Staat und Gemeinden

ihre Gewichte in die Waagschale zu Gunsten der Unternehmer. Dieser Inanspruchnahme der Unternehmer haben die Arbeiter in so manchem Streik ihre Niederlage zuzuschreiben.

Diese Erscheinungen beschäftigen nur zu oft von uns Gefasste. In den Kämpfen, welche gegenwärtig russische und deutsche Kapitalisten bewegen, weiß jede der beiden Regierungen, so groß auch ihre Differenzen sein mögen, strenger ihre Unparteilichkeit zu wahren, als wo die Besitzenden und die Arbeiter sich gegenüber stehen. Im Klassenstaate darf das freilich nicht Wunder nehmen.

Warum ein Arbeiterfest nicht abgehalten werden darf. Den Viesfelder Metallarbeitern, die am Sonntag eine Festlichkeit abhalten wollten, wurde durch folgende Verfügung ein Streik durch die Rechnung gemacht:

Gadderbaum, 8. August 1893.

Der königliche Herr Landrath hat jedoch die Anordnung getroffen, daß wegen des am 6. und 7. d. M. stattfindenden Schützenfestes für Viesfeld und Gadderbaum keinerlei Tanzveranstaltungen an diesen Tagen, keine Volksfeste u. d. d. zu dulden seien, und daß die Innen und dem Viesfelder Metallarbeiter-Verein bereits erteilten Erlaubnißscheine sofort zurückzugeben seien, welches hiermit geschieht.

Der Komm. Ammann.
(gez.) von der Volksh.

Auch eine Illustration zu dem Satz von der Gleichheit aller Preußen vor dem Gesetz.

Dem Korrespondenz-Blatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands entnehmen wir folgende Mittheilungen: „In Kreuznach ist bekanntlich einer Anzahl Glasarbeiter wegen Zugehörigkeit zum Verband gekündigt, weitere Kündigungen stehen bevor. Diese Handlung des Herrn Direktors zeigt so recht, wie selbiger den § 152 der Gewerbeordnung achtet. Sämtliche Gemaspregelte sind vor kurzer Zeit Mitglieder des Glasarbeiter-Verbandes geworden, doch sehr bald kam diese „Missethat“ dem Herrn Direktor der Hütte zu Ohren. Dieser stellte den Arbeitern die Alternative, innerhalb 24 Stunden den schriftlichen Beweis zu bringen, daß sie aus dem Verein ausgetreten wären, widrigenfalls ihnen die Arbeit gekündigt sei. Da die Arbeiter nicht gekommen waren, ihr Koalitionsrecht preisgeben, stehen heute circa 300 Arbeiter (nebst Familien) der Hütte brotlos da.“

Sendungen sind zu richten an: H. Breh, Kreuznach, Weinde Nr. 12.

Seit dem 10. Juli befinden sich die Korbmacher von Hamburg-Altona im Streik. Es ist weithin bekannt, daß das Korbmacher-Gewerbe, insbesondere die Demijonbranche, eines der schlechtest bezahlten Gewerbe ist, indem infolge der immer mehr überhand nehmenden Zuchtbaufarbeier der freie Korbmacher immer mehr verdrängt wird und schließlich zum gelegentlichen Hilfsarbeiter herabstinkt; da aber infolge des jetzigen sehr guten Geschäftsganges seit längerer Zeit viel Nacharbeiterabend- und Sonntagsarbeit verlangt wurde, erachteten die Korbmacher den jetzigen Zeitpunkt für gekommen, die Forderung einer Lohnserhöhung von 9 pSt. zu stellen, um ihre Lage in etwas zu verbessern. Wider Erwarten verbielten sich die Fabrikanten dieser Forderung gegenüber ablehnend, weshalb die Arbeiter zum Streik griffen, um so das Recht auf eine menschenwürdigeren Gehalts zu erkämpfen. Durch das nichts weniger als humane Verhalten einiger anderer Meister, die, um einen Druck auf die Streikenden auszuüben, den Preis für schwere grüne Arbeit herabsetzten, ist die Zahl der Ausständigen um 80 Mann gestiegen, so befinden sich im Ausstand 180 Mann mit 108 Kindern. Bei dem eben erwähnten ungünstigen Verdienst, in Folge der Zuchtbaufarbeier u. s. w., unter der die Korbmacher besonders sehr schwer zu leiden haben, ist schnelle Unterstützung dringend notwendig, da bei einem Verdienst von 14-15 M. wöchentlich die Streikenden ziemlich aller Mittel entbehrt sind.

Adresse: L. v. Dähle, per Adr. Herrn Borchert, Thalstr. 17, St. Pauli.

Was man Recht und Gerechtigkeit im Klassenstaat nennt. Von dem Bezirksgericht Prohleitzen (Ostpreußen) wurde im vorigen Monat ein Mädchen wegen Landstreicherei zu zwei Wochen Arrest verurtheilt. Doran wäre im Klassenstaat, wo Armut und Obedienzpflicht ein Verbrechen ist, nichts Außergewöhnliches. Die zwei Wochen Arrest wurden durch zwei Hafttage vermindert, was ebenso gewöhnlich ist. Aber was so manchen der Leser das Herz erbeben machen wird, ist: Das Mädchen war im sechsten Monat der Schwangerschaft. So subjugiert Österreichische Richter. Ein Mädchen, welches das Unglück hat, längere Zeit keine Arbeit zu finden, wird in unserem Zeitalter der Humanität bestraft. Aber nicht nur sie, auch das Kind im Mutterleib muß verkümmern, da der Mutter aus Strafe keine Nahrung verabreicht wird. Oder sind die Proletarier schon im Mutterleib dafür geirrt, daß sie arm sind? Wird nicht das Kind im Mutterleib gestraft, wenn ein Urtheil bestimmt, daß der Mutter einmal in der Woche nur Wasser und Brot, sonst aber die Gefangenkost, bestehend aus 6-7 Kreuzer Brot und zwei Drittel Liter schlecht zubereitete Zupfeise bekommt? So nährt sich das arme Proletariatsmädchen im Zustande der Schwangerschaft. Und Hafttage? Im Namen Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich hat das l. Bezirksamt Prohleitzen zu Recht erkannt, daß es so sei — und es war so!

Wieleicht lernt aus dieser Geschichte hier und da jemand begreifen, wie notwendig auch aus sittlichen Gründen die Herbeiführung eines Gesellschaftszustandes im Sinne der Sozialdemokratie ist.

Selbsthilfe. Große Aufregung hat in den letzten Tagen in Peterhead, Schottland, geherrscht, weil dort zwei Dampfer mit Passagieren aus Schweden ankamen. Die Passagiere von Peterhead sahen hierin eine schwere Schädigung ihres Gewerbes und widersetzten sich, verdrängt durch viele Männer und Frauen aus der Fischereibevölkerung, mit Gewalt der Ausladung der Passagiere. Die Behörden trafen zwar Anstalten, um den Eigenthümern der Ladung die Hilfe der Polizei zu sichern, allein noch ehe diese in Thätigkeit treten konnte, verließen die beiden Dampfer den Hafen. Die Wüthler von Peterhead haben also ihren Willen durchgesetzt.

Konfiszirt wurde in Jeth die Schrift: „Die Sozialdemokraten kommen!“ Nachdem die von Genossen Hoffmann herausgegebene Schrift unbehelligt vertrieben werden und in dieser Zeit sogar eine zweite Auflage erleben konnte, will man jetzt herausgefunden haben, daß dieselbe eine „Aufreizung zum Klassenhaß“ enthalte! — Bei der Volks-Buchhandlung Aug. Henning in Nürnberg ist am Montag im Auftrage der Nürnberger Staatsanwaltschaft Haussuchung nach dem in mehr als 200 000 Exemplaren verbreiteten Werke „Der Passenspiegel“ von Corvin vorgenommen und der sämtliche Vorrath dieser Buchhandlung von genanntem Werke beschlagnahmt worden. Wie oft der wohl jedermann bekannte „Passenspiegel“ noch konfiszirt und immer wieder auf's neue freigegeben werden soll, ist eine Frage der Zeit. Auf jeden Fall trägt ein solches Verschlagen der Behörden indirekt nicht unwesentlich zur Verbreitung des Buches bei.

Die Ungerechtigkeit der polizeilichen Brottagen ist kürzlich durch ein Urtheil der Elberfelder Strafkammer gerichtlich ausgesprochen. Bei einer von der Polizei in Remscheid im Laden eines Kolonialwaaren-Händlers vorgenommenen Revision war festgestellt worden, daß einige Schwarzbrote leichter als zu dem in der polizeilich festgestellten Lage angegebenen Gewicht gebaden seien. Der Händler wurde deshalb wegen Zuwiderhandeln gegen die Remscheider Polizeiverordnung vom Schöffengericht in Remscheid zu 3 M. Geldstrafe verurtheilt. Er legte aber Berufung bei dem Landgericht zu Elberfeld ein, und diese Berufung führte zu seiner Freisprechung. In der Begründung des freisprechenden Urtheils heißt es nun ausdrücklich, daß die Polizeibehörde zum Erlaß der betreffenden Verordnung in dem bestehenden Umfange nicht befugt sei; denn die Gewerbe-Ordnung gebe der Polizei nicht die Befugnis, eine Brottage für Bäcker und Verkäufer von Backwaaren festzusetzen, auch nicht die von ihm aufgestellte Lage zu genehmigen. Die Polizei könne nur die Bäcker und Verkäufer von Backwaaren durch Anordnungen verpflichten, ihre Waare dem Publikum zur Kenntniß zu bringen und demselben Gelegenheit durch Ausstellung von Waagen zu geben, sich von der Richtigkeit des angegebenen Gewichtes zu überzeugen. Die Kontrolle jedoch bleibe dem Publikum überlassen, und die Polizei habe nicht das Recht, sich durch lokale Revision von der Durchführung der Vorschrift zu überzeugen.

Sittlich. Wie wir bereits mittheilten, wurde vom Hanauer Gewerbegericht ein Gutachten dahin abgegeben (dem sich auch der Stadtrath anschloß), den Arbeitern die Löhne wöchentlich und zwar freitags auszubezahlen. Die Stadtverwaltung und mehrere Geschäfte sind diesem Gutachten gefolgt. Um diese Lohnzahlungsweise allgemein einzuführen, hat jetzt der Oberbürgermeister von Hanau, einem Beschluß des Stadtrathes folgend, an alle Geschäftsleute, welche ein Arbeitspersonal beschäftigen, ein dementsprechendes Gesuchen gerichtet. Wenn auch damit dem Arbeiter nicht gerade viel geholfen ist, so wäre es immer ein kleiner Schritt.

Ob der Oberbürgermeister von Berlin etwa im Stande wäre, sich zu einer gleichen Aufforderung aufzurufen?

Sozialreform. Die Dresdener städtischen Behörden hatten beschlossen, die Arbeitszeit der städtischen Kanzleibeamten vom 1. Oktober an von 7 auf 8 Stunden täglich zu verlängern. Aus den Kreisen dieser Beamten war eine gegen diesen Beschluß gerichtete Druckschrift hervorgegangen, die auch einzelnen Stadtverordneten zugesendet wurde. Gegen die Verfasser und Versender der Schrift ist jetzt seitens der Stadtbehörde das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Der Sozialdemokrat kann es schon recht sein, wenn ihr auch aus den Kreisen der Beamten Anhänger zugeführt werden.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Siegen, die dieser Tage stattfand, gelang es unseren Parteigenossen, den hiesigen Theodor Meier und den Schloffer Wih. Klahm durchzubringen. Im übrigen wurden die vom Gewerbeverein aufgestellten Kandidaten gewählt.

Versammlungen.

Eine Parteiversammlung für den sechsten Wahlkreis tagte am 6. d. M. in den Germania-Festhallen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß die Versammlung auf Antrag der vier Vertrauenspersonen folgendes Begrüßungstelegramm an den Züricher Kongreß zu entsenden:

Den Delegierten zum internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß übersenden die auf einer Parteiversammlung in den Germania-Festhallen vereinigten Genossen des 6. Berliner Wahlkreises ihren brüderlichen Gruß.

Sie sind dessen gewiß, daß die in gemeinsamer Arbeit der Abgesandten aller zivilisirten Völker gefassten Beschlüsse dem gelehrten Proletariat zum Wohle gerichten werden und erbliden in dem dritten internationalen Sozialistenkongreß einen weiteren Markstein auf dem Weiterentwicklungszuge der völkervereinigenden Sozialdemokratie.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es erstatteten die Vertrauenspersonen Dingau, Wigel, Pfarr und Marten die Abrechnung für das zweite Vierteljahr dieses Jahres. Die Gesamtabschlüsse stellen sich wie folgt: Einnahme zum Wahlfonds 10 818,87 M., Ausgabe 4219,40 M., Ueberschuß 6598,47 M., Raiffeis: Einnahme 3273,45 M., Ausgabe 2228,80 M., Ueberschuß 1044,65 M. Einige kleine Defizits wurden auf die Parteikasse übernommen. Aus einer Parteiversammlung war noch ein Antrag, betreffend Stellungnahme zum Arbeiter-Sängerbund und die Einberufung einer Volksversammlung mit dem Thema: „Antifemismus und Sozialismus“ unerledigt geblieben. Wie Marten mittheilte, sind die Vertrauensleute der Meinung, daß die politische Partei mit dem Arbeiter-Sängerbunde als solchem nichts zu thun habe. Die Einberufung der fraglichen Volksversammlung war bisher noch nicht möglich gewesen. Der Erledigung harrete auch noch das Verhalten des Eiselerwirthes seinen Keilern gegenüber. Derselbe habe, wie Marten bekundete, seine Verpflichtungen am 1. Mai nicht ganz erfüllt. Die Vertrauensleute wurden einstimmig entlastet und die bisherigen Revisoren für ein weiteres Vierteljahr bestätigt. Als Agitationskommissionsmitglied für die Provinz Brandenburg wurde an Stelle Kooymann's, welcher sein Amt niederlegte, Genosse Kiehl neu gewählt. Unter Punkt „Vertheilung“ gelangte die Angelegenheit des Arbeiter-Sängerbundes noch einmal zur Sprache. Der Ausschuß des Bundes hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, daß die Mitglieder, welche bei Parteifestlichkeiten singen, Freiwilliges beanspruchen. J a l o b hatte im Bunde einen Gegenantrag gestellt, der aber keine Annahme fand und forderte demzufolge, daß bei Parteifesten nur solche Gesangsvereine berücksichtigt werden sollen, die sich kostenlos zur Verfügung stellen. Auch bezeichnet er das Verhalten des Wirthes vom Eiseler-Etablissement höchst sonderbar. Für Abhaltung einer Festlichkeit gebe er sein Lokal nur her für ein Gutgelt an Sonntagen von 600 M., an Wochentagen von 150-180 M. Seinen großen Saal gebe er zu Vormittagsversammlungen nicht her seiner Mittagsgäste wegen. Aus alledem müßte über den Eiseler der Boykott verhängt werden. Marten geistete den Indifferentismus der meisten Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes, ebenso Kiesel. Die Parteigenossen hätten die Feste des Bundes in reichstem Maße unterstützt, die Bundesmitglieder hätten demzufolge die Pflicht, auch bei Parteifesten ihren Obulus zu entrichten. Kiesel beantragte, um nicht undemokratisch zu handeln, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu stellen und den Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes speziell hierzu einzuladen. G e s h o i t machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß die Vereine des Arbeiter-Sängerbundes sich jetzt unentgeltlich zur Verfügung stellen. J a c h a u griff die Lokalkommission an und war der Meinung, daß dieselbe ihre Thätigkeit nicht in der Weise ausgeübt habe, wie die Parteigenossen es zu verlangen haben und hätten deswegen bedauerliche Maßnahmen bereits seitens der Preis-Kommission ergriffen werden müssen. Auch siehe

